Nummer 31 — Hannover, 1. August 1931 — 40. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Der 17. Verbandstag in München.

III.

Sitzung am 10. Juli, vormittags.

Thiemig (Hauptvorstand) spricht über den

Gewerkschaftskongreß

im August d J. Redner erörtert die Frage der Delegiertenzahl für unseren Verband und beschäftigt sich dann mit den hauptsächlichsten Arbeiten des diesjährigen Gewerkschaftskongresses, insbesondere unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Situation. Die von unserer Organisation dem Gewerkschaftskongreß vorgelegten Anträge geht er sachlich durch und präzisiert die für uns notwendige Stellungnahme dazu. Insbesondere beschäftigt sich Thiemig auch mit dem Kartellvertragswesen.

Schmidt (Hauptvorstand) erläutert unsere Stellungnahme zu dem Antrage des Hauptvorstandes an den Kongreß, den § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend.

Adler (Hauptvorstand): Durch den ADGB. und die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wurden verschiedene Verbesserungen durchgesetzt und immer wieder Anträge auf weiteren Ausbau des Betriebsrätegesetzes bzw. den weiteren Schutz und die Ausdehnung der Rechte der Betriebsratsmitglieder eingebracht und gefördert.

Bassüner (Wittenberg) meint, der Gewerkschaftskongreß müsse den Klassenkampfgedanken mehr hervorheben und die Offensive gegen die Reaktion ergreifen.

Angenommen werden hierauf folgende Anträge:

Der Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter ersucht den Gewerkschaftskongreß, zu beschließen, daß alles zu unternehmen ist, damit der § 898 der Reichsversicherungsordnung beseitigt wird.

Der Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter beschließt: Der Gewerkschaftskongreß wolle den ADGB. beauftragen, dahin zu wirken, daß der Reichstag die Reichsversicherungsordnung, das Angestelltenversicherungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz als Schutzgesetze im Sinne des § 823 Bürgerliches Gesetzbuch erklärt.

Die bisher mit dem § 74 des Betriebsrätegesetzes gemachten Erfahrungen zeigen, daß Arbeitgeber infolge Fehlens jeglicher Schadenersatzmöglichkeiten es in vielen Fällen ablehnen, sich unter den dort genannten Voraussetzungen mit dem Betriebsrat ins Benehmen zu setzen oder, falls dies geschieht, den Vorschlägen der Betriebsvertretung keinerlei Rechnung tragen. Der mit dem § 74 bezweckte Schutz der Arbeitnehmer ist daher völlig bedeutungslos und eine Änderung dieser Gesetzesbestimmung dringend erforderlich.

Weiter zeigt sich immer mehr, daß bei Betriebseinschränkungen oder -stillegungen die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Arbeitsmangels entlassen werden, die Schutzbestimmungen der Paragraphen 84, 96 des Betriebsrätegesetzes aber nicht ausreichen, um im Falle der Betriebseinschränkungen bzw. -stillegungen ungerechtfertigte Entlassungen zu vermeiden oder bei Erweiterungen oder Wiederaufnahme des Betriebes die Wiedereinstellung zu ermöglichen. Langjährig beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter werden so, weil sie sich aus irgendeinem Grunde mißliebig gemacht haben, entlassen oder nicht wieder eingestellt und gehen so des Schutzes der Paragraphen 84, 96 des Betriebsrätegesetzes verlustig.

Der Vorstand des ADGB. wolle daher die Forderung auf entsprechende Änderung der Paragraphen 84, 96 des Betriebsrätegesetzes erwägen.

Als Delegierte zum Gewerkschaftskongreß werden gewählt: vom Vorstand die Kollegen Thiemig, Prüll, Adler, Schmidt, Partzsch, Rößler, Grünzel und die Kollegin Zammert; außerdem aus dem Reich: Scheinhardt (Hannover), Beyer (Goslar), Tolski (Magdeburg), Krause (Bitterfeld), Kohl (Berlin), Karow (Stettin), Vogel (Königsberg), Thieme (Breslau), Lange (Weißwasser), Siegmund (Chemnitz), Erler (Dresden), Schneider (Erfurt), Hoffmann (Ilmenau), Maier (Nürnberg), Fischer (Fürth), Dandl (München), Wörner (Stuttgart), Schreiber (Ludwigshafen), Bruns (Frankfurt), Hertwig (Köln), Milius (Stade) und Heering (Düsseldorf).

Kollegin Zammert (Hannover) referiert hierauf über

die Agitation unter den Arbeiterinnen.

Die Verluste an weiblichen Mitgliedern sind nicht allein auf die Krise zurückzuführen. Ursache ist auch besonders der mangelnde gewerkschaftliche Geist, der den Kolleginnen zum Teil noch fehlt. Die Prozentzahl der in den verschiedenen Berufszweigen tätigen Frauen ist infolge der Rationalisierung sehr groß geworden. Das ergibt für die Unternehmer Sondergewinne, denn die Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen ist sehr groß. Angesichts der Ausdehnung der Frauenarbeit muß der Arbeiterinnenschutz erweitert werden. In der Agitation muß von einzelnen Gauen noch mehr getan werden. Unser Arbeiterinnensekretariat wird jederzeit mit Material und Referentinnen helfend eingreifen. Auch bezüglich der Schulung unserer Kolleginnen dürfen wir nicht ins Hintertreffen kommen. Der an unserer Verbandsschule teilnehmende Prozentsatz von Kolleginnen ist noch viel zu gering. Es sind heute aber schon immerhin über 2000 (zweitausend) Funktionärinnen in unserem Verbande tätig. Wir müssen auf die Mitarbeit der Kolleginnen mehr Gewicht legen. Erforderlich ist eine höhere Wertung der Frau.

Kollegin Heimann (Dresden) wünscht ebenfalls mehr Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen. Durch Wort und Schrift, durch persönliches Inverbindungtreten muß die Mitarbeit der Kolleginnen gefördert werden.

Karl (Hauptvorstand): Es wird eine Arbeiterinnenreichskonferenz gefordert. Aber eine solche Reichskonferenz kann nicht Agitationsmöglichkeiten schaffen. Zur Besprechung dieser Fragen genügen Konferenzen in den Gauen. Wenn sich die Notwendigkeit zur Abhaltung einer Frauenreichskonferenz ergibt, wird der Vorstand sich nicht ablehnend verhalten.

Kollegin Nowack (München): Auch ich bin der Meinung, daß wir in der Schulung der Frauen gar nicht genug tun können.

Kühn (Waldenburg): Die geringere Anteilnahme der Frauen am Gewerkschaftsleben darf man nicht lediglich auf Widerstand der Kollegen zurückführen. Der Einfluß der Frauen im Gewerkschafts- und öffentlichen Leben wird immer der sein, den die Frauen sich selbst verschaffen. Viele Frauen arbeiten sehr oft bis in die letzten Tage vor der Entbindung. Hier ergibt sich ein Arbeitsfeld für die Kolleginnen, um aufklärend und schützend einzugreifen.

Kollegin Richter (Hirschberg): Die Frauen müssen mit den Kollegen gemeinsam tagen. Die Frauen haben schon erkannt, daß sie in den Betrieben wirksam sein müssen, allerdings in Gemeinschaft mit dem Betriebsrat. Die Frauenreichskonferenz wollen wir zunächst lieber noch zurückstellen. Auch die Bildungsveranstaltungen müssen für Frauen und Männer gemeinsam sein. Wenn die Frauen anfangen, überall energisch mitzuwirken, werden sie sich eine Machtstellung erringen. Tatsache ist, daß die Frauen große Zähigkeit in der Organisation aufbringen, wenn sie erst an unserer Gewerkschaftsarbeit interessiert sind. Der Unterhaltungsteil unserer Presse ist von den Frauen sehr gut aufgenommen worden, besonders der Roman. Die Frauen nach Wennigsen zur Schule zu schicken, scheitert sehr viel daran, daß die verheiratete Frau der Mittelpunkt der Familie ist.

Eine Atempause für die Reichsfinanzen

soll das Schuldenfeierjahr nach dem Plane Hoovers bringen. Die Reichsfinanzen sollen in Ordnung gebracht, die stockende Wirtschaft soll wieder arbeitsfähig gemacht werden. Die Arbeiterschaft ist an diesen Problemen auf das allerlebhafteste interessiert. Sie erwartet von der Durchführung des Hooverplanes Erleichterungen der unerträglichen Lasten, die ihr durch die Notverordnung auferlegt wurden. Sie erwartet vor allem energischen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und fordert Arbeit und Brot. In diesen Forderungen wird die Arbeiterschaft tatkräftig durch die freien Gewerkschaften unterstützt. Daher darf die Arbeiterschaft

keine Atempause in der Agitation

für ihre freigewerkschaftlichen Organisationen eintreten lassen, denn nur starke, schlagkräftige Verbände verbürgen in den Kämpfen um die Verteilung der Lasten aus der Krise und in den Auseinandersetzungen um die Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung den bitter notwendigen Erfolg. Nun erst recht mit allem Eifer an die Werbearbeit für den Verband! Je stärker die freigewerkschaftlichen Organisationen sind, desto aussichtsreicher ist der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Krise! Wirb für deinen Verband!

Sitzung am 10. Juli, nachmittags.

Kollegin Zammert (Hannover): Wir haben immer in den Mittelpunkt unserer Konferenzen die Frage gestellt: Wie können wir die Agitation am besten betreiben? Wo die Möglichkeit vorliegt, die Kolleginnen mit in die Gewerkschaftsarbeit einzubeziehen, muß es geschehen. Der Unterhaltungsteil ist gewiß sehr gut, aber er kann kein Ersatz sein für die Aufklärung. Ich weiß, wir können nur erfolgreich vorwärts kommen, wenn wir Hand in Hand arbeiten. Die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder hat sich erfreulicherweise erhöht.

Thiemig (Hauptvorstand) gibt den

Bericht der Gehaltskommission.

Schon lange vor dem Verbandstage kam der Hauptvorstand zu der Auffassung, die Gehälter herabzusetzen, wobei er nicht ganz außer acht lassen durfte, daß er auch Arbeitgeber für seine Angestellten ist. Seit 1. Oktober 1930 verzichten unsere Angestellten auf einen Teil ihres Gehaltes.

Nach eingehender Diskussion wird der Antrag der Gehaltskommission angenommen, der verlangt, fünf Gehaltsklassen zu schaffen. Der von der Gehaltskommission vorgelegte Entwurf wird zum Beschluß erhoben.

Beim Punkt

Vorstandswahl

ersucht der Kollege Brey den Verbandstag, ihn außer Dienst zu stellen. „In meiner Erinnerung stehen die Anfänge der Organisation. Es war schwere Arbeit zu verrichten, aber es ist vorwärtsgegangen. Das ist der Erfolg gemeinsamer Arbeit mit den Kollegen in den Zahlstellen und in den Betrieben. Wir haben viele Erfolge hinter uns. Viele der Ältesten sind tot. Ich sage allen Mitarbeitern Dank. Ich stand in dem Rufe, ein grober Mensch zu sein. Sollte ich es gewesen sein, so bitte ich um Vergebung. Im Jahre 1907 legten wir die Grundlage zur ersten Fabrikarbeiter-Internationale. Der Krieg hat sie zerstört. Nach dem Weltkriege haben wir sie wieder aufgebaut. In einer trüben Zeit, in der Inflationszeit, hat die Internationale geholfen, daß wir aus den Trümmern wieder aufbauen konnten. Ich danke dafür der Internationale. Ich scheide mit dem Wunsche, daß es dem Verbande gelingen möge, die Spaltung und die Zerrissenheit zu überwinden, und daß die Organisation wachsen, blühen und gedeihen möge."

Girbig (Keram. Bund): „Auch ich habe im Dezember das Alter zum Ausscheiden erreicht. Schwer hat die Arbeiterschaft unter dem Sozialistengesetz gelitten. Die Sozialisten brauchen heute nicht mehr ins Ausland zu flüchten. Möge der organisatorische Aufschwung im Fabrikarbeiterverband weitergehen. Ich möchte den Tag noch erleben, an dem die Arbeiterschaft das Banner der vollen Freiheit aufpflanzen kann. Wir sind weiter mit euch. In diesem Sinne scheide ich."

Thiemig (Hauptvorstand): „Es wird wohl der schmerzlichste Augenblick der Tagung sein, daß wir zwei bewährte Kämpfer scheiden sehen, wenn auch nicht aus den Reihen des Verbandes. Kollege Brey war 41 Jahre Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes. Emil Girbig ist seit 1897 Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes. Beide sind in der Gewerkschaftswelt und im politischen Leben bekannte und geachtete Persönlichkeiten. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß sie vom eigentlichen Greisenalter noch lange verschont bleiben. Kollege Brey war jahrelang Vorsitzender, Redakteur, Expedient, Streikleiter, Agitator in einer Person. Bis heute war er Vorsitzender der größten Organisation ungelernter Arbeiter der ganzen Welt. Wenn er heute als Führer scheidet, so sagen wir ihm, der Verband ist die Frucht Deiner Arbeit, dafür danken wir Dir. Emil Girbig, der Führer seiner Organisation, sieht diese heute stark und wehrfähig. Anerkennung und Dank stattet ihm ebenfalls der Verband ab. Beiden Kollegen wünschen wir Gesundheit und einen frohen Lebensabend. Im Dienste des Proletariats haben sie ihre besten Jahre verbracht. Nicht immer wurde ihnen Dank dafür, ja sogar Beschimpfung und Verleumdung von Klassengenossen. Wir geloben den Kollegen Brey und Girbig, daß wir ihre Arbeit in ihrem Sinne fortsetzen wollen, um zu erreichen ihr Ziel, das auch unser Ziel ist. Habt Dank für Eure Hilfe, für Eure Kameradschaft, für Eure Arbeit im Sinne des Sozialismus."

Grünzel (Keram. Bund): „Es ist nicht leicht, von Kameraden Abschied zu nehmen. Das Leben von Brey und Girbig war schwer. Wir kannten Brey schon lange und auch seine fruchtbringende Arbeit. In den letzten fünf Jahren sind wir uns nahegekommen. Ich weiß, unter der rauhen Schale des Kollegen Brey steckt stets ein guter Kern. Mit unserem alten Kameraden und Freund Girbig arbeite ich seit 23 Jahren zusammen. Immer in Treue und Freundschaft. Er war lange Zeit Vorsitzender ohne Gehalt. Er mußte eine Gastwirtschaft betreiben, oder vielmehr seine Frau, während er draußen im Lande für den Verband tätig war. Daß die Organisation so gut ausgearbeitet ist, danken wir ihm zum großen Teil. Auch in der Glasarbeiterinternationale hat er gewirkt. Er hat Freunde in der ganzen Welt. Kollegen Brey und Girbig, Eure Saat ist gut aufgegangen. Euch beiden herzlichen Dank für Eure Lebensarbeit."

Graßmann (Bundesvorstand des ADGB.): „Der ADGB. ist eine große Familie, in der jedes Mitglied weiß, daß sein Wohlergehen abhängt vom Mitgehen aller. Es ist nicht nur eine Angelegenheit des Fabrikarbeiterverbandes, die sich hier abspielt. Werbung, Erziehung und Interessenvertretung der Arbeiterschaft ist eine ungemein schwierige Arbeit, insbesondere bei den Ungelernten bzw. Angelernten. Unsere Bewegung ist eine Massenbewegung. Der Name Fabrikarbeiterverband und der Name Brey sind synonym geworden. August Brey war mehr als ihr Vorsitzender. Wenn er im Bundesausschuß sprach, hatte er etwas zu sagen. Wir alle wußten, daß seine manchmal etwas kratzbürstige Art nur dem Wohle aller diente.

Emil Girbig, eine explosive Natur im Gegensatz zu Brey, war stets ebenso geachtet und geschätzt wie Brey. Die Namen der beiden Scheidenden sind verknüpft mit dem Heroenzeitalter der Arbeiterbewegung. Ich wünsche, daß beide noch lange Gelegenheit haben werden, das Wachsen ihrer Organisationen sehen zu können. Im Namen der freien Gewerkschaften danke ich Euch beiden für das, was Ihr für uns getan habt."

De Jonge (Amsterdam): „Im Namen der Fabrikarbeiterinternationale und der Keramikinternationale danke ich den Kollegen August Brey und Emil Girbig. Kollege Brey, ich danke Dir, was Du für unsere Internationale getan hast. Seit Jahren arbeite ich mit Brey zusammen. Ich kenne ihn als einen Mann von großen Gaben, Treue und Selbstlosigkeit. Brey ist Vorsitzender der Internationale, und ich hoffe, daß wir noch lange von seinen Gaben profitieren. Brey und Girbig, herzlichen Dank!"

Leo Wörner (Kannstatt): „Im Auftrage der Gauleiter erfülle ich die schwere Aufgabe, Brey einige Dankesworte zu sagen, die auch dem Kollegen Girbig gelten. Auch ich gehe seit 40 Jahren den steinigen Weg des Kollegen Brey. Es wird schwer sein, den Platz der scheidenden Kollegen bei der nächsten Tagung leer zu sehen. Wir richten an die beiden Alten die Bitte, sie möchten uns auch bei späteren Anlässen durch ihre Anwesenheit beehren und uns mit ihrem Rat zur Seite stehen. Kollege Brey, Du warst getragen vom Vertrauen und von der Liebe aller. Solche Kollegen aus dem Amte scheiden zu sehen, ist schwer. Wir haben alle Schwierigkeiten immer leicht überwunden, weil wir einen hervorragenden Mann an der Spitze wußten. Mögen die beiden Kollegen uns noch lange erhalten bleiben! Kollege Brey, wir sagen Dir herzlichen Dank für Deine Treue."

Voß (Hamburg): Im Auftrage der Zahlstellenleiter bringt der Redner Dank und Wünsche dar. Das Werk August Breys ist gut fundiert. Ein festes Bollwerk hat er geschaffen in der Organisation, mit der er verwachsen ist. Er war seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ein guter Freund und Berater. Wir wünschen ihm Festigung seiner Gesundheit und daß ihm ein langer ruhiger Lebensabend beschieden sein möge. Das gleiche wünschen wir Emil Girbig.

Girbig und Brey sprechen ihren Dank aus für die ihnen zuteil gewordenen Ehrungen.

Der Verbandstag nimmt nunmehr die Vorstandswahlen vor.

Bruns (Frankfurt) macht den Vorschlag, es bei zwei Vorsitzenden zu belassen und dazu einen Sekretär zu wählen. Im Vorschlag wird gebracht der Kollege Georg Geiger (Heilbronn). Kollege Geiger wird mit allen gegen die Stimme des Delegierten aus Wittenberg gewählt. Die seitherigen Vorstandsmitglieder werden mit der gleichen Stimmenzahl en bloc wiedergewählt.

Thiemig (Hauptvorstand) dankt im Namen der Vorstandsmitglieder für das durch die Wiederwahl gezeigte Vertrauen.

Der seitherige Vorsitzende des Verbandsausschusses wird wiedergewählt.

Als Tagungsort für den nächsten Verbandstag wird Breslau bestimmt.

Es folgen hierauf die Abschiedsreden der ausländischen Vertreter. Nach einem Schlußwort des Kollegen Thiemig wird der Verbandstag geschlossen.

Planmäßige Wirtschaftsführung statt kapitalistischer Wirtschaftsanarchie.

Die Vorgänge der letzten Monate in Deutschland, Österreich und anderen Ländern lassen mit aller Schärfe die Brüchigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervortreten. Man kann geradezu von einem Bankrott der privaten Wirtschaftsführung reden. Es war üblich, über die öffentliche Wirtschaft die tollsten Verleumdungen in die Welt zu setzen. Jede Schwierigkeit einer gemeinnützigen Unternehmung wurde aufgebauscht, um zu zeigen, daß das sogenannte marxistische System gründlich versagt habe. Obwohl der Marxismus mit derlei Dingen gar nichts zu tun hat, wurde er für alles verantwortlich gemacht. Dies war nur möglich, weil die große Masse weder vom Marxismus noch von der Wirtschaft etwas versteht. Dagegen wurde das selbstverantwortliche Unternehmertum, die Mission der sogenannten Wirtschaftsführer, in den Himmel gehoben und über den grünen Klee gelobt. Die Zusammenbrüche der letzten Zeit haben gezeigt, daß der Kapitalismus alles andere als eine wünschenswerte Wirtschaftsordnung darstellen kann. Wir befinden uns gegenwärtig auf dem Schnittpunkt einer geschichtlichen Epoche, wo unter Bersten und Krachen, unter Opfern und Verlusten der Hochkapitalismus in eine neue Wirtschaftsordnung überzugehen sich anschickt.

Von den Zusammenbrüchen sind vor allen Dingen die bei der Norddeutschen Wollkämmerei und bei der Danatbank bemerkenswert. Der Zusammenbruch der österreichischen Kredit-Anstalt hat das Vertrauen zur mitteleuropäischen Wirtschaft sehr erschüttert. Die Kreditentziehungen von Deutschland nahmen zu. Doch glaubte man nicht, daß ein Institut wie die Darmstädter und Nationalbank von diesem allgemeinen Mißtrauen so erfaßt würde, daß es seine Schalter schließen mußte. Der Zusammenbruch der Danatbank hat den Nimbus, der über die Großbanken im Volke verbreitet war, verwischt. Die Großbanken haben seit Jahrzehnten hindurch die erste Geige in der Wirtschaft gespielt. Das Volk ging an den protzigen Bankpalästen in der City der Großstädte ehrfurchtsvoll vorüber. In diesen Monumentalbauten, wo nach Sombart „die Genesis der modernen Volkswirtschaft herrscht, begegnen sich die höchsten Würdenträger des Staates auf den Korridoren, aber sie haben in diesen Räumen nichts zu befehlen, in denen Könige antichambrieren, um sich den Entscheid über Leben und Sterben zu holen." So war es einmal. Heute muß der Staat eingreifen, um derartige Institute vor dem vollständigen Verfall zu retten. In Österreich sowohl wie in Deutschland muß die Öffentlichkeit mit ihrem Vermögen die kapitalistische Pleite auszugleichen versuchen. Der Danatbank ist die Schröder-Bank in Bremen gefolgt. Auch sie mußte die Schalter schließen, weil sie in Schwierigkeiten geraten war. Die Zusammenbrüche dieser beiden Banken hängen sehr eng zusammen mit dem Bankrott des Nordwolle-Konzerns. Die Gebr. Lahusen sitzen jetzt hinter Schloß und Riegel. Ihre Schuld scheint als erwiesen zu gelten. Diesen großen Stürzen in der Privatwirtschaft waren eine Reihe anderer vorangegangen. Wir erwähnen nur den Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns, der Hugenbergschen Ostbank für Handel und Gewerbe, um nur einige herauszugreifen.

Wir wollen uns über die Einzelheiten der kapitalistischen Mißwirtschaft nicht weiter verbreiten. Es genügt, festzustellen, daß Institute ins Wanken geraten sind, deren Geschäftsführung das größte Vertrauen genoß. Das Bürgertum steht vor einem Rätsel. Wir, die wir niemals an die Gottähnlichkeit der großen Wirtschaftsführer geglaubt haben, sehen in diesen Dingen nichts Außergewöhnliches. Wir müssen aber daraus die nötigen Schlüsse ziehen. Eine Erscheinung gilt es besonders zu beachten: Die staatliche Gewalt im Wirtschaftsleben tritt immer stärker in den Vordergrund. Wo ein Industrieunternehmen oder ein Bankhaus zu krachen beginnt, ruft man den Vater Staat. Die Allgemeinheit soll da helfend eingreifen, wo die Kunst der Privatwirtschaft versagt. Man nennt dies eine Sozialisierung der Pleite oder des Defizits. Die Herren Wirtschaftsführer scheinen zu glauben, daß der Privatunternehmer den Rahm von den Wirtschaftsergebnissen abschöpfen soll und bei Pleiten die Allgemeinheit einzuspringen hat. Für eine solche Rolle muß sich der Staat bedanken.

Die Gewerkschaften haben auf diese Dinge schon früher hingewiesen und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Sie sind der Meinung, daß die kapitalistische Wirtschaft einer Korrektur bedarf. Es müssen Institutionen der Wirtschaftskontrolle und der Wirtschaftslenkung in das Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft eingebaut werden. Der Genosse Naphtali hat als Kenner dieses Stoffes kürzlich folgende Forderungen aufgestellt: Gründliche Reform des Aktienrechts, Verwirklichung einer Aktiengesetzreform, die geeignet ist, die Mißstände im deutschen Aktienwesen zu beseitigen. Damit muß eine Verschärfung der Verantwortlichkeit und der Regreßpflichten von Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften verbunden sein. Die Reform des Aktienrechts soll weiter die Einführung der Pflichtrevisionen durch öffentliche Stellen gewährleisten. Ferner müssen die Publizitätsvorschriften bei den Aktiengesellschaften verschärft werden. Sie sind zu ergänzen durch die Verpflichtung der vollen Veröffentlichung aller Bezüge von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, die hohen Gehälter in der Privatwirtschaft kennenzulernen. Zur Durchführung alles dessen ist eine Reichsinstanz notwendig, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist.

Weil gerade in der Großwirtschaft sich Mißstände erheblicher Art gezeigt haben, ist eine Kontrolle der Kartelle, Truste und anderer monopolistischer Bindungen dringend vonnöten. Diese wurde bereits seit Jahren von den Gewerkschaften gefordert. Im Dezember 1930 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der nur verwirklicht zu werden braucht, um der Regierung die notwendige Handhabe zum Eingreifen in die Privatwirtschaft zu geben.

Die großen Institute, die das Finanzkapital kommandieren, haben sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Die eigentlichen Risikoträger der Großbanken sind nicht die Aktionäre oder die Geschäftsinhaber, sondern das Reich bzw. die Steuerzahler. Es ist nicht erwiesen, daß sich die Vorfälle bei der Danatbank oder bei der Schröder-Bank nicht wiederholen. Um derartige Manipulationen im Keim zu ersticken, muß eine Bankenaufsicht und eine Überwachung der Kapitallenkung als dringendes Gebot der Stunde angesehen werden. Genau so wie die Privatversicherung durch ein Reichsaufsichtsamt überwacht wird, muß dies auch bei den Banken geschehen. Diese müssen in ihrer Geschäftsgebarung einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. In Verbindung mit der Reichsbank ist ein Apparat zu schaffen, der die Lenkung des Kapitalstromes überwacht und seinen Lauf nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt. Wird ein solches Aufsichtsamt geschaffen, dann ist die Allgemeinheit nicht nur dazu berufen, für Pleiten einzustehen, sondern es können Schäden in der Fehlleitung des Kapitals von vornherein vermieden werden. Hätte etwas Ähnliches schon seit 1924 bestanden, dann wäre die große Fehlrationalisierung und in ihrem Verlauf die Zusammenbrüche wahrscheinlich vermieden worden.

Der Verlauf der deutschen Wirtschaftsentwicklung muß also dahin gehen, die staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft in ein mustergültiges System zu bringen. Von unten nach oben muß eine systematische Durchführung der Wirtschaftskontrolle und der Wirtschaftsaufsicht erfolgen. An die Stelle der Wirtschaftsautokratie muß die Wirtschaftsdemokratie treten. Die Gewerkschaften weisen hier den Weg, der beschritten werden kann, um solche Vertrauenskrisen, wie wir sie erleben konnten, und unter denen die Arbeiterschaft so sehr gelitten hat, für immer zu verhüten. Die staatliche Gewalt wächst. Ihr Übergreifen in die Sphäre der privaten Wirtschaft hat sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern als notwendig erwiesen. Selbst der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, hat durch ein ausgeklügeltes System der Statistik und der konjunkturellen Beobachtung ein Mittel gesucht, die Privatwirtschaft genau zu beobachten und nötigenfalls einzugreifen. Was in den letzten Wochen in Deutschland an staatlichen Eingriffen in die Befugnisse der Wirtschaft durch Notverordnungen usw. vorgenommen wurde, dürfte in der ganzen Welt einzig dastehen. Wir sehen aber nicht ein, daß dies nur geschehen soll, wenn es brennt. Warum nicht den Brand durch ähnliche Maßnahmen von vornherein verhüten? Staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben sollten nicht wahl- und ziellos erfolgen, sondern einem geregelten Plan gemäß vorgenommen werden. Dann wird das Vertrauen des In- und Auslandes zur deutschen Wirtschaft wiederkehren und solche schädigenden Folgen einer privaten Mißwirtschaft werden der Geschichte angehören.

Gewerkschaften, Hooverplan, Kredithilfe.

Nachdem nun das Schuldenferienjahr nach dem Plane des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover begonnen hat, erhebt sich für die Arbeiterschaft die Frage, was für einen Nutzen sie von dieser Atempause Deutschlands in den Reparationsverpflichtungen zu erwarten hat. Es muß schon von Anfang an vor allzu großen Hoffnungen gewarnt werden. Niemand darf erwarten, daß die Aktion Hoovers das ganze wirtschaftliche Elend Deutschlands nun mit einem Schlage enden könne. Wenn Hoover sich auch von deutschfreundlichen Absichten leiten ließ, so hat er seinen bedeutungsvollen Aufruf an die Schuldnermächte Deutschlands ganz gewiß nicht nur unserer schönen Augen wegen erlassen. Hoover ist Amerikaner und wie alle Amerikaner Geschäftsmann. Ein Bankrott Deutschlands, ein völliger Ausfall Deutschlands aus der Weltwirtschaft hätte aber auch für die amerikanische Geschäftswelt so betrübliche Folgen gehabt, daß den Amerikanern ein sofortiges Eingreifen in die Wirtschaftsauseinandersetzungen in und um Deutschland als das kleinere Übel und darum als geboten erschien.

Das Jahr der Schuldenstundung soll Deutschland ermöglichen, seinen Staatshaushalt in Ordnung zu bringen und seine Wirtschaft wieder „anzukurbeln", wie der ebenso schöne wie richtige Ausdruck lautet. Wir sind ja in der Nr. 29 unseres „Proletariers" näher auf den Hooverplan eingegangen. Hier wollen wir nur darauf hinweisen, daß bei der zu erwartenden Wirtschaftsbelebung auch vor allem die Arbeiterschaft auf ihre Kosten kommen muß, d. h., daß nicht die Unternehmer wieder, wie bei ähnlichen Gelegenheiten, die angenehmen Seiten solcher Abmachungen für sich beanspruchen und der Arbeiterschaft den Rest überlassen, der zu tragen peinlich ist.

Es ist undenkbar, daß der Arbeitslosigkeit nicht sofort energisch zu Leibe gegangen, daß nun nach Inkrafttreten des Hooverplanes nicht unverzüglich zur Änderung der Notverordnung geschritten wird, daß nicht ohne jeden Aufschub der Arbeiterschaft Lasten abgenommen werden, die diese nun schon seit Jahren mit bewunderungswürdiger Geduld trägt.

Nun das Schuldenferienjahr begonnen hat, besteht diese Möglichkeit durchaus, die drückenden Bestimmungen der Notverordnung aufzuheben oder um ein erhebliches zu mildern. Das kann erreicht werden, ohne die notwendigen finanziellen Ergebnisse aus der Durchführung der Notverordnung zu gefährden. Man streiche die Subventionen an die Wirtschaft! Es kann nicht sein, daß das Reich den meist durch eigene Schuld, durch fehlerhafte und leichtsinnige Geschäftsführung in Schwierigkeiten geratenen Industrieunternehmungen Mittel zur Verfügung stellt, um über diese selbst heraufbeschworenen Schwierigkeiten hinwegzukommen, und das zu einer Zeit, in der es den Lohn- und Gehaltsempfängern die Bezüge auf unerträgliche Weise kürzt, den Arbeitslosen eine unerhörte Verminderung ihrer Unterstützungen auferlegt und der Arbeiterschaft auch sonst das Leben auf alle mögliche Weise erschwert durch eine Notverordnung, die wahr und wahrhaftig darauf angelegt zu sein scheint, alle, auch die geheimsten und verwegensten, Wünsche der Ausbeuter zu erfüllen.

Das ist es, worauf es jetzt ankommt, der Arbeiterschaft Anteil zu geben an der Erholung, die für die notleidende Wirtschaft von den Verhandlungen in Paris und London, vom Hooverplan und der internationalen Kredithilfe erhofft wird. Es ist unverantwortlich, noch weiter in der bisherigen Art an den Symptomen der Arbeitslosigkeit herumzupfuschen, noch weiter den Teufel mit Beelzebub austreiben, noch weiter mit Eisenbartkuren einem Übel abhelfen zu wollen, das zu einem großen Teil nur durch entgegengesetzte Behandlung geheilt werden kann. Und bei einigem guten Willen bei der Regierung und noch mehr bei den Unternehmern wäre das durchaus möglich. Dieser gute Wille scheint bei den Unternehmern allerdings gänzlich zu fehlen. Das ist aber kein Wunder. Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung läßt bei ihnen kein anderes als auf Profit und immer wieder Profit gerichtetes Denken zu.

Den Gewerkschaften als den berufenen Sachwalterinnen der Arbeiterinteressen erwächst die unendlich schwierige, dafür aber um so edlere und lohnendere Aufgabe, nach wie vor mit allen verfügbaren Kräften für eine Abänderung der Notverordnung, für eine Erleichterung der dem Volke aufgezwungenen unerträglichen Lasten, für eine energische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für die Beschaffung von Arbeit und Brot einzutreten.

Alle Konferenzen der Diplomaten und Wirtschaftler, alle Gutachten der Sachverständigenkommissionen, alle noch so gutgemeinten Aufrufe und Pläne irgendwelcher Staatsmänner sind vollkommen zwecklos, wenn sie nicht dazu beitragen, daß den arbeitenden Klassen ihr unendlich schweres Los erleichtert, die Kaufkraft der Arbeiterschaft durch Beschaffung von Arbeit bei ausreichenden Löhnen erhöht wird.

Es nutzt nichts, von oben Öl in die stockende Maschine zu gießen, wenn die Fundamente, die die Maschine tragen, fortwährend geschwächt werden. Sind aber die Maschinisten so unfähig, so müssen sie durch andere, bessere, ersetzt werden, und auch das ist ein Ziel, dem die organisierte Arbeiterschaft entgegenstreben muß.

13. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Am 16. Juli 1931 trat der Ausschuß des ADGB. zu seiner 13. Sitzung zusammen, um sich mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage zu befassen. Nach einem eingehenden Referat von Leipart und einer ausgiebigen Debatte wurde der Bundesvorstand beauftragt, mit aller Entschiedenheit seinen Einfluß auf die Reichsregierung auch weiter dahin geltend zu machen, daß sie ihre Zusicherungen bestimmter Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni einhält, daß sie bei den Anleiheverhandlungen etwaige Prestigerücksichten den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes unterordnet und den Bestrebungen der rechtsradikalen Parteien mit weit größerem Nachdruck entgegentritt als bisher.

In seinem Referat schilderte Leipart die bedeutsame Rolle, die gewisse politische Forderungen des Auslandes bei den bisher ergebnislosen Anleiheverhandlungen gespielt haben, Forderungen, deren Erfüllung bekanntlich zuerst von englischer Seite der deutschen Regierung nahegelegt wurde. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften heute vor allem zwei Forderungen an die Reichsregierung zu richten haben: Erstens alles zu tun, um eine Verhandlungsgrundlage für eine Verständigung mit Frankreich zu schaffen, zweitens aber, sich endlich zu energischen Maßnahmen gegen das unverantwortliche Vorgehen der Rechtsradikalen in Deutschland zu entschließen. Bei der Vertretung dieser Forderungen ist es nicht nötig, auf die gehässige Agitation der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen. Für die Forderungen der Gewerkschaften kann nur das Gesamtinteresse maßgebend sein.

Es ist heute üblich, sogar in der den Gewerkschaften keineswegs unfreundlich gesinnten Tagespresse, von der „Ohnmacht der Gewerkschaften" zu reden. Daß diese Einschätzung nicht den Tatsachen entspricht, würde sich sehr schnell zeigen, wenn die Rechtsradikalen nicht nur in Worten, sondern mit der Tat den Versuch machen würden, einen Umsturz herbeizuführen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls für jede Situation gerüstet sein.

Bei seiner Darstellung der überstürzten Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen hob Leipart hervor, daß bei dem Sturm auf die Banken selbstverständlich auch die Arbeiterbank in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Die Kommunisten haben die willkommene Gelegenheit benutzt, ihre Hetze gegen die Gewerkschaften mit besonderer Schärfe auch gegen die Arbeiterbank zu betreiben. Die Arbeiterbank hat das Vertrauen, das sie sich erworben hat, glänzend gerechtfertigt. Sie hat voll ausgezahlt, während andere Banken und die Sparkassen zumeist nur geringe Teilbeträge auszahlten. Aber sie ist jetzt selbstverständlich ebenso an die Vorschriften der neuen Verordnungen gebunden wie die anderen Banken.

In dem Garantiesyndikat der deutschen Industrie, dessen Freiwilligkeit bekanntlich nur durch Verordnungszwang gesichert werden konnte, ist die Arbeiterbank in dem Ausschuß, der für die Verteilung der Kredite maßgebend ist, nicht vertreten, obwohl gerade die Leitung der Arbeiterbank besonders berufen wäre, bei einer objektiven und zweckentsprechenden Kreditverteilung mitzuwirken. Die Arbeiterbank ist bisher auch ebensowenig wie die anderen Arbeitnehmerbanken in Deutschland zu den Verhandlungen zugezogen worden, die die Regierung in der letzten Zeit mit den anderen Banken geführt hat. Die Arbeitnehmerbanken werden gemeinsam vorgehen, um diese im volkswirtschaftlichen Interesse sehr bedenkliche Ausschaltung der gemeinnützigen Banken zu beseitigen.

In der Aussprache wurde betont, daß von der Reichsregierung unter allen Umständen gefordert werden müsse, daß die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes nicht fragwürdigen Prestigerücksichten geopfert werden. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß in maßgebenden Kreisen des Auslandes keinerlei Bedenken dagegen bestehen, die Notverordnung unter sozialen Gesichtspunkten, vor allem zugunsten der Erwerbslosen, abzuändern, wenn nur dafür gesorgt werde, daß der finanzielle Ertrag gesichert bleibe. Diese Einstellung des Auslandes ist nicht überraschend, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Ausland die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie als der einzige reale Faktor gelten, auf den die Kreditwürdigkeit Deutschlands sich gründen kann, ebenso wie auf ihrer Macht und ihrer Entschlossenheit, den Kampf für den Bestand der deutschen Republik rücksichtslos zu führen, die Hoffnung des In- und Auslandes auf die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland beruht.

Scharfe Kritik wurde an der Finanzpolitik der Regierung in der letzten Woche geübt. Eine klare politische Linie sei überhaupt

nicht erkennbar gewesen. Die Reichsregierung ist in ihren neuen Verordnungen nicht brutal genug vorgegangen, um wirksam der Kapitalflucht zu steuern. Alle, die fremde Zahlungsmittel jeder Art besitzen, müßten bis zu einem bestimmten Tage dieses Monats verpflichtet werden, ihren Bestand anzugeben. Diese Verpflichtung müsse in einer Notverordnung vorgeschrieben werden, mit der Maßgabe, daß die Nichtangabe des Bestandes an ausländischen Zahlungsmitteln deren Einziehung nach sich ziehen würde. Von anderer Seite wurde die Meinung geäußert, daß der § 9 der neuen Notverordnung dem Wirtschaftsminister genügend Handhaben zu rücksichtslosem Vorgehen böte, die Gewerkschaften müßten nur verlangen, daß die neue Devisenordnung mit aller Schärfe durchgeführt wird.

Allgemeine Übereinstimmung bestand darüber, daß es die Hauptaufgabe sei, unter allen Umständen die Währung zu halten. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die künstliche Vermehrung der Umlaufmittel, die im gegenwärtigen Moment notwendig ist, keine Inflation bedeutet, sondern im Gegenteil eine Maßnahme gegen bestimmte Deflationserscheinungen ist.

Es gilt, Maßnahmen zu treffen, die im Auslande das Vertrauen in eine ordentliche Wirtschaftsführung in Deutschland stärken. Gewisse Reformen des Aktienrechtes, in denen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs durch die seit geraumer Zeit feststehenden Forderungen der Gewerkschaften revidiert und ergänzt werden müßten, sind zu diesem Zweck notwendig. In diese Reihe von Maßnahmen, an die jetzt mit Ernst herangegangen werden muß, gehört auch die Einführung einer wirksamen Kartell- und Monopolkontrolle, die gleichfalls von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert worden ist und bereits in einem Gesetzentwurf dem Reichstage vorliegt.

Gefährlich ist das jetzt umlaufende Schlagwort: „Wir können und müssen uns selbst helfen." So unzweifelhaft wir in erster Linie auf unsere eigene Initiative angewiesen sind, so steht doch hinter diesem Schlagwort die unsinnige Vorstellung von einer vom Auslande losgelösten, unabhängig für sich bestehenden deutschen Wirtschaft. Eine solche gibt es nicht und kann es nicht geben. Die deutsche Wirtschaft kann so wenig wie irgendeine andere nationale Wirtschaft ohne Kreditbeziehungen zum Ausland existieren.

Leipart konnte am Schluß der Aussprache als einmütige Meinung des Bundesausschusses feststellen, daß der Bundesvorstand seine Bemühungen energisch fortsetzen solle, die von der Reichsregierung bereits grundsätzlich versprochenen Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 durchzusetzen und darauf zu dringen, daß die Reichsregierung nichts unterläßt, was zu einer Verständigung mit dem Ausland, vor allem auch mit Frankreich, führen könne, um die Kreditverhandlungen zu einem positiven Abschluß zu bringen. Insbesondere müsse die Regierung aber zu einer klaren Entscheidung gegen die rechtsradikalen Parteien gedrängt werden, deren hemmungsloses Vorgehen die schwersten wirtschaftlichen sowie unübersehbare innen- und außenpolitische Gefahren heraufbeschwört.

Die Kosten der Wirtschaftskrise.

Leider sind nur wirtschaftlich geschulte Köpfe in der Lage, zu übersehen, was diese Krise an Schaden verursacht. Der bekannte Statistiker Woytinsky macht im „Berliner Tageblatt" einige Angaben darüber, was die Weltwirtschaftskrise den Völkern kostet. Er stellt als Anfang der Krise den Monat Oktober 1929 fest. Von dieser Zeit bis Ende 1930 lag die industrielle Produktion unter dem Stand des vorangegangenen konjunkturellen Höhepunktes, in Deutschland um 18 v. H., in Großbritannien um 10 v. H. und in den Vereinigten Staaten um 20 v. H. Der Nettowert der jährlichen industriellen Produktion wird von Woytinsky in Deutschland auf etwa 40 Milliarden, in Großbritannien auf etwa 30 Milliarden und in den Vereinigten Staaten auf etwa 110 Milliarden geschätzt. Der Ausfall der Produktion (mit einem 25prozentigen Aufschlag für die Verluste beim Handel und Verkehr) in den letzten 15 Monaten der Krise läßt sich in Deutschland auf 11 Milliarden Mark, in Großbritannien auf etwa 5 Milliarden Mark und in den Vereinigten Staaten auf 32 bis 33 Milliarden Mark schätzen. Im Jahre 1931 sind die Verluste wesentlich höher, da der Produktionsrückgang in Deutschland 32 v. H., in den Vereinigten Staaten 29 v. H. und in Großbritannien 26 v. H. ausmacht. Dieser Rückgang auf das ganze Jahr umgerechnet wird dem deutschen Volke einen Einkommensausfall von etwa 15 bis 16 Milliarden Mark, den Engländern von rund 10 Milliarden Mark und den Amerikanern von etwa 36 Milliarden Mark bringen. Die drei industriellen Großmächte zusammen werden bis Ende 1931 infolge des Zusammenschrumpfens der industriellen Produktion etwa 110 Milliarden Mark verloren haben. Die Verluste sämtlicher Länder des europäisch-amerikanischen Kulturkreises betragen nach dem genannten Verfasser bis Ende 1931 etwa 150 Milliarden Mark. Das sind Nettoverluste. Sie verteilen sich auf die einzelnen Bevölkerungsschichten in der Form des Verdienstausfalls bei den Arbeitslosen, der Lohn- und Gehaltskürzung bei den beschäftigten Arbeitnehmern, des verminderten Erlöses bei den selbständigen Produzenten, der gekürzten Dividenden bei den Kapitalisten usw. Um die Bedeutung dieser Zahlen dem Leser näher zu bringen, macht Woytinsky einige Vergleiche. So werden die Konjunkturverluste Deutschlands im Jahre 1931 allein etwa das Zehnfache seiner jährlichen Reparationszahlungen nach dem Young-Plan betragen. Seine Verluste von Oktober 1929 bis Ende 1931 werden den Gegenwert der gesamten Reparationsschuld um mehrere Milliarden übersteigen. 150 Milliarden Mark sind mehr als das Dreifache der sämtlichen Goldbestände und das Eineinhalbfache des gesamten Goldumlaufs der Welt. Vergeblich sucht man in der Geschichte nach einer Katastrophe außer dem Weltkrieg, die den Völkern ähnliche Verluste gebracht hat. Diesem Niedergang muß Einhalt geboten werden. Die Völker müssen nach Mitteln und Wegen suchen, die blinden Kräfte zu bändigen, die den Menschen über den Kopf wuchsen. Wir brauchen eine Führung der Wirtschaft. Die heutige Wirtschaftsführung verdient diesen Namen nicht.

Die friedfertigen Unternehmer.

Man liest und hört jetzt sehr oft das Wort Moratorium. Damit ist gemeint Stundung der Schulden, Hinausschiebung der Zahlungstermine usw. Jetzt verlangt die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände durch die von ihr herausgegebene Zeitschrift „Der Arbeitgeber" Nr. 14 auch ein Moratorium der inneren Gegensätze. In dem Aufsatz heißt es u. a.: „Was wir in Deutschland bitter brauchen, ist ein Moratorium der inneren Gegensätze, getragen von der Erkenntnis des Notstandes, der uns alle angeht, und beseelt von jener Disziplin und Geduld, zu der das deutsche Volk wohl fähig ist, wenn die Führer all seiner Gruppen und Gemeinschaften ihm selbst das Beispiel ruhiger Nerven, männlichen Selbstvertrauens und nationaler Einigkeit geben."

Das Verlangen, ein Moratorium der inneren Gegensätze auszusprechen, nimmt sich von einer solchen Stelle recht eigentümlich aus. Die Arbeitgeberverbände haben u. E. ihr redliches Teil dazu beigetragen, die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital auf die Spitze zu treiben. Sie haben den Forderungen der Gewerkschaften, jedem einzelnen aus der großen Gemeinschaft der arbeitenden Klasse ein Existenzminimum zu gewähren, den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Wenn der Klassenkampf scharfe Formen annahm, so waren diese Kreise nicht unschuldig daran. Aber hohnvoll klingt es, wenn die Scharfmacher von Rhein und Ruhr etwas Ähnliches verlangen. Die Organisationen der westdeutschen Schwerindustrie wenden sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem sie zur Gemeinschaftsarbeit in folgender Weise auffordern: „Nur der entschlossene, von staatssozialistischen Hemmnissen befreite Einsatz der eigenen Kraftreserven kann die Wirtschaft aus der Not der Gegenwart herausführen. Nicht ein Kampf aller gegen alle, der die aufbauwilligen Kräfte lähmt und zerstört, sondern ein Kampf aller für alle ist dringendes Gebot der Stunde. Nur wenn wir, anstatt gegeneinander zu hetzen, miteinander und füreinander zusammenhalten, dürfen wir hoffen, die deutsche Wirtschaft und damit das ganze deutsche Volk gegen den Ansturm von draußen zu sichern."

Kapitalisten — Wirtschaftsführer!

„Mammon ist ihr Götze, sie beten ihn nicht nur allein mit den Lippen, sondern auch mit allen Kräften ihres Körpers und Gemütes an. Die Erde ist in ihren Augen nichts anderes als eine Börse, und sie sind überzeugt, daß sie hienieden keine andere Bestimmung haben, als reicher zu werden als ihre Nachbarn."

Karl Marx.

Wenn jemals eine Gruppe von Menschen seit Jahrzehnten gehetzt und geschürt hat, dann war es die westdeutsche Schwerindustrie. Mit aller Rücksichtslosigkeit ist sie gegen die Arbeiterschaft und die von ihr geschaffenen Institutionen vorgegangen. Wenn die Schwerindustrie nun dazu aufruft, miteinander und füreinander zu stehen, so möchte man dies als einen Treppenwitz der Weltgeschichte bezeichnen. Ehe man sich mit diesen Herrschaften auf ein Moratorium der inneren Gegensätze verständigt, müssen sie erst einmal lernen, in dem schwer schaffenden Arbeiter einen Menschen zu sehen. Man soll nicht Gemeinschaftsgeist verlangen, wenn einem das Wasser bis an den Hals steht, sondern diesen Geist vorher durch Taten zum Ausdruck bringen. Dann ließe sich über derartige Dinge reden.

Zahlstellenleiterkonferenz im Gau 2.

Am 18. und 19. Juli fand in Magdeburg eine Zahlstellenleiterkonferenz statt, an welcher 72 Vertreter der Zahlstellen, ein Hauptvorstands- und fünf Gauvorstandsmitglieder teilnahmen. Je ein Vertreter der Arbeiterbank und der Büropa waren zugegen.

Den Bericht des Gauvorstandes erstattete Tolski. Er ergänzte den gedruckt vorliegenden Bericht der Gauleitung und führte ungefähr folgendes aus: Das Jahr 1930 stand im Zeichen der schwersten wirtschaftlichen Krise, die wir je zu durchleben hatten. Tolski wies darauf hin, daß an der Krise das kapitalistische Wirtschaftssystem Schuld trage. Er streifte den Rückgang der Arbeitnehmerzahl in den einzelnen Industrien, bei gleichbleibender oder gar steigender Produktion, wodurch die Arbeitslosigkeit gewaltig angewachsen ist. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung betonte er, daß wir mit der Verkürzung der Arbeitszeit die Forderung auf Lohnausgleich und auf Neueinstellung von Arbeitnehmern in die Betriebe verbinden müssen. Das Problem der Arbeitsdienstpflicht wird scheitern. Die Gewerkschaften haben von vornherein die Arbeitsdienstpflicht abgelehnt. Ferner beleuchtete Tolski das gefährliche Treiben der RGO. Das Organisationsverhältnis ist in den einzelnen Industrien und Bezirken sehr verschieden. Über die Lohnbewegungen im Jahre 1930 berichtete Tolski, daß mit ganz geringen Ausnahmen die alten Lohntarife auf ein Jahr verlängert wurden. Zum Schluß streifte der Redner die Jugend- und Frauenfrage und schloß seine Ausführungen mit der Ermahnung, für weiteren Ausbau des Verbandes Sorge zu tragen. Die Aussprache war sachlich und lebhaft.

Hille (Staßfurt) erstattete den Bericht vom Verbandstag. Er behandelte ausführlich die Verhandlungen über die Statutenberatung.

Zum Gewerkschaftskongreß wurden aus dem Gau zwei Kollegen, Gauleiter Tolski und Krause (Bitterfeld), delegiert.

In der Aussprache erklärte Bassüner (Wittenberg): Mit dem Mittel der Demokratie ist im herrschenden kapitalistischen System nichts zu ändern. Durch die großen Konzerne sind heute Einzelkämpfe immer zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die Mitglieder müssen zum Generalstreik vorbereitet, besonders geschult werden. Die Kassenverhältnisse müssen vom strategischen, nicht vom kassentechnischen Standpunkte geregelt werden.

Krause (Bitterfeld) sprach zu der Änderung der Unterstützungssätze. Wir hätten gern die Unterstützungssätze für die jüngeren Mitglieder noch etwas mehr erhöht, um dadurch die Agitationsmöglichkeit zu steigern, denn es ist notwendig, daß wir dem Verbande neue Mitglieder zuführen.

Adler (Hauptvorstand) behandelte die zu erstrebende Zusammenlegung der Bundesleitung mit der des Vorstandes und die der beiden Zeitungen. Zur Unterstützungsregelung weist er darauf hin, daß in den beiden letzten Quartalen die Einnahmen an Beiträgen stark zurückgegangen und die Unterstützungsleistungen noch mehr gestiegen sind. Es mußte deshalb unbedingt bei den Unterstützungssätzen saniert werden. Der Verbandstag hat die Kürzung ganz vorsichtig vorgenommen. Zur Frauenagitation betont er, daß die Arbeiten innerhalb der Zahlstelle stattzufinden haben.

Michaelis (Eilenburg) hält die Neuregelung der Unterstützungssätze in der vom Verbandstag vorgenommenen Form für falsch. Er spricht weiter über Lügenberichte über die Verbandsausgaben in kommunistischen Zeitungen und weist einige Lügen nach.

Speckardt (Bernburg) sprach zu den Abgaben der bemittelten Zahlstellen an die Hauptkasse zur Unterstützung notleidender Zahlstellen.

Schoof (Neuhaldensleben) wünschte vom Hauptvorstand Richtlinien zu den Übergangsbestimmungen vom alten zum neuen Statut.

Tolski sprach über die Anteile der Lokalkassen. Die wirtschaftliche Lage ist in den einzelnen Zahlstellen so verschieden, daß es viele Zahlstellen gibt, die mit den jetzigen Anteilen kaum oder gar nicht auskommen können. Deshalb hat der Verbandstag die Regelung gefunden, wonach die besser gestellten Zahlstellen etwas abgeben sollen.

Hille betonte im Schlußwort, daß auch bei den Mitgliedern ein Verständnis für die Nöte der Zeit vorhanden ist. Wir wünschen, daß die Beschlüsse des Verbandstages zum Nutzen der Organisation sich auswirken mögen.

Über „Der Kampf der Betriebsräte im wirtschaftlichen Niedergang" referierte Kollege Adler. Die Arbeit der Betriebsräte wird ganz besonders durch die Wirtschaftskrise erschwert. Die Unternehmer benutzen gerade die Krisenzeit, um sich an den Betriebsratsmitgliedern, die die Interessen der Arbeiter vertreten, zu rächen. Vor allen Dingen werden die Betriebsstillegungen benutzt, um die Betriebsratsmitglieder los zu werden. Da den Betriebsräten im BRG. besonders auch gewerkschaftliche Arbeiten, wie Mitwirkung bei der Durchführung der Tarifverträge usw., übertragen sind, so ist es notwendig, daß wir eine starke Organisation im Betriebe haben und daß nur freigewerkschaftlich organisierte Betriebsräte gewählt werden dürfen. Die Arbeit der Betriebsräte wird von den Helfershelfern der Unternehmer, den Nazis und den RGO.-Leuten, sehr erschwert. Die Betriebsräte werden von diesen Schädlingen genau so wie die Gewerkschaftsvertreter als Verräter der Arbeiterklasse beschimpft. Wir müssen uns deshalb besonders um die Betriebsräte kümmern. Die Betriebsräte müssen mehr bei Sitzungen der Verwaltung und Funktionäre mit herangezogen werden.

Wenn die Kommunisten in Deutschland verlangen, daß unsere Betriebsräte die gleichen Rechte wie die in Rußland haben sollen, dann ist dem entgegenzuhalten, daß nach dem Gesetzbuch der Arbeit in Rußland die Arbeiter überhaupt keine Rechte im Betriebe haben, sondern nur die Gewerkschaften, als Organe der Regierung, sind als Kontrollorgane anerkannt. Die Arbeiter im Betriebe haben da also soviel Recht, wie die Arbeiterausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz während des Krieges in Deutschland hatten. Redner zerpflückte an Beispielen kommunistische und nationalistische Lügen zu der Betriebsrätebewegung. Der Verband hat sich bemüht, den Betriebsräten stets hilfreich zur Seite zu stehen. Wir haben das Handbuch für die Betriebsvertretungen herausgegeben und stellen den Betriebsräten monatlich arbeitsgerichtliche Entscheidungen und volkswirtschaftliche Belehrungen mit der Zeitung „Der Betriebsrat" zu.

Eine Aussprache über das inhaltreiche Referat wurde nicht gewünscht. Durch Zettelwahl wurden zu Verbandsbeiratsmitgliedern die Kollegen Schoof (Neuhaldensleben), Frenzel (Magdeburg), Hille (Staßfurt) und Krause (Bitterfeld) bestimmt. Gauleiter Tolski schloß dann die arbeitsreiche Tagung mit einem kurzen Appell zur weiteren Stärkung des Verbandes.

Gand.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Ölindustrie.

II.

Von den der Müllerei-Berufsgenossenschaft angeschlossenen 19 324 Betrieben wurden im Jahre 1930 3974 Betriebe mit 12 014 Beschäftigten revidiert. Es wurden also 20,56 Prozent der Betriebe und 22,28 Prozent der Beschäftigten von der Revision erfaßt. Die Zahl der revidierten Betriebe ist sehr niedrig. Man kann einwenden, daß zu dieser Berufsgenossenschaft viele Kleinbetriebe gehören. Das ist wohl richtig. Aber gerade in diesen Kleinbetrieben wird der Unfallschutz am meisten vernachlässigt. Eine strengere Kontrolle in diesen Kleinbetrieben könnte die Zahl der Unfälle noch wesentlich herabmindern. Die Betriebsrevisionen wurden ohne vorherige Anmeldung vorgenommen. Wo Betriebsräte bestehen, sind diese stets zur Teilnahme an der Revision aufgefordert.

In einigen Fällen ist diese Teilnahme abgelehnt, weil nach Ansicht des Betriebsrates Mängel im Betriebe nicht bekannt seien. Das ist nicht richtig. Ob im Betriebe nicht doch Mängel vorhanden sind, die auch der Betriebsrat nicht kennt, das stellt sich erst bei dem Rundgang mit dem technischen Aufsichtsbeamten heraus. Kein Betriebsrat kennt den ganzen Betrieb so genau, daß er von vornherein sagen kann, hier gibt es nichts mehr zu verbessern. In einem Falle hat der Vertreter der Versicherten es abgelehnt, an der Revision teilzunehmen, er hat aber dem Unternehmer mitgeteilt, der Aufsichtsbeamte wolle wohl die Leute aufwiegeln. Das muß ja ein Muster von Versichertenvertreter sein, der seine Aufgabe darin erblickt, den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft beim Unternehmer anzuschwärzen. Die Revision des Betriebes geschieht im Interesse der Versicherten. Sie ist den Unternehmern oft recht unangenehm. Die Bemühungen der Aufsichtsbeamten, die Unfallsicherheit im Betriebe herzustellen, müssen daher auf alle Fälle unterstützt werden. Ein Unfallvertrauensmann, der glaubt, den Kontrollbeamten beim Unternehmer anschwärzen zu müssen, ist nicht auf dem richtigen Platze. Sein Name müßte der Öffentlichkeit preisgegeben werden.

Bei den Betriebsbesichtigungen wurden insgesamt 8269 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. Eine Sonderaufstellung zeigt, bei welchen Betriebsvorgängen die meisten Verstöße festgestellt wurden. Demnach wurden Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt bei fehlendem

Schutz an Wellen, Getrieben und Riemenscheiben	2031
Schutzrosten über Walzen (Walzenstühlen)	1312
Schutz an Riemenscheiben und Rädern der Müllereimaschinen	886
Schutz an Zahnrädern, Kettengetrieben, Schnecken	675
Schutz an Schwungrädern und -riemen der Kraftmaschinen	590
Schutz an Kreissägen	337
Schutz an Schraubenköpfen bewegter Triebwerkteile	328

Bei den Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften stehen also die Wellen- und Riemenantriebe an erster Stelle, obwohl diese Betriebsstellen verhältnismäßig leicht zu schützen sind. An zweiter Stelle steht mangelnder Schutz an Walzen (Walzenstühlen). Wenn man bedenkt, daß gerade die Unfälle an Walzenstühlen usw. meist immer schlimme Folgen hinterlassen, dann ist es geradezu unverantwortlich, daß in so vielen Fällen das Fehlen von Schutzrosten festgestellt werden muß. Auch Verstöße gegen den Unfallschutz bei Zahnrädern, Kettengetrieben und Schnecken wurden noch sehr häufig festgestellt. Im übrigen zeigt die Aufstellung deutlich, wo die Unfallvertrauensleute mit ihrer Tätigkeit bei der Durchführung des Unfallschutzes in erster Linie einsetzen müssen.

Der Bericht sagt dann, Abänderungsvorschläge zu den Unfallverhütungsvorschriften seien von keiner Seite gemacht worden. Es gibt sicher manchen Kollegen und manchen Unfallvertrauensmann, der eine praktische Idee hat, wie der Unfallschutz besser ausgebaut werden könnte. Also heraus mit diesen Vorschlägen! Bezüglich Erfüllung der getroffenen Anordnungen sagt der Bericht:

„In den weitaus meisten Fällen werden die Forderungen der technischen Aufsichtsbeamten von den Betriebsunternehmern ohne weiteres als berechtigt anerkannt und ausgeführt. Wo der Nachweis für die Abstellung der Mängel nach angemessener Frist nicht erfolgt war, wurde erinnert. Es mußten 231 Bestrafungen ausgesprochen werden. Eine Kontrolle der Ausführung

findet nur stichprobenweise statt. Im allgemeinen wird die schriftliche eidesstattliche Versicherung des Unternehmers, daß die Mängel abgestellt sind, als genügend angesehen."

Hier wird zwar gesagt, daß die Forderungen auf Verbesserung des Unfallschutzes von den Betriebsunternehmern in den meisten Fällen als berechtigt anerkannt wurden. Wenn aber die Zahl der vorgefundenen Verstöße so groß war und wenn zur Durchführung der getroffenen Anordnungen 231 Bestrafungen erforderlich waren, dann scheint man bei Durchführung des nötigen Unfallschutzes doch auf erheblichen Widerstand gestoßen zu sein. Es fehlte auch an guten Ratschlägen nicht, die die Unternehmer den technischen Aufsichtsbeamten erteilten. Ein Unternehmer schrieb z. B. der Berufsgenossenschaft folgendes:

„Man darf n. mals in der Fürsorge zur Verhütung von Unfällen zu weit gehen. Dadurch stumpfen Sie den Blick für die vorhandenen Gefahren ab, so daß die Menschen wie die blinden Kühe durch die Betriebe laufen."

Dann wird noch auf England verwiesen, wo das alles nicht vorhanden sei. Uns scheint, daß dieser Unternehmer wie eine blinde Kuh durch die Welt läuft. Sonst müßte er wissen, daß mit der zunehmenden Technisierung auch die Unfallgefahren wachsen. Aber der Unfallschutz kostet Geld, deshalb ist es dem Unternehmer lieber, wenn der Arbeiter unaufgeklärt ist. Tritt dann ein Unfall ein, dann gibt man dem Arbeiter die Schuld, unbeschadet dessen, ob das Tempo der Arbeit ihm Zeit ließ, auf die ihn umgebende Gefahr zu achten oder nicht. Mit Recht sagt der Berichterstatter, daß der Hinweis auf England nicht am Platze sei. Die englischen Unternehmer seien der Unfallverhütungsarbeit durchaus zugänglich. Außerdem gehen die Befugnisse der englischen Gewerbeaufsicht weiter als die der deutschen. Über die Stellung der Versicherten zu der Durchführung des nötigen Unfallschutzes sagt der Bericht:

„Über das Verhalten der Versicherten gegen die Schutzmaßnahmen ist nichts Neues zu berichten. Das Verlangen nach Schutzmaßnahmen ist fast allgemein. Ausnahmen von der allgemeinen Regel gibt es nur wenige. Nur selten wird von seiten eines Versicherten bei den Revisionen gegen eine Schutzmaßnahme Stellung genommen. Es ist aber die Wegnahme und Nichtbenutzung vorhandener Schutzvorrichtungen durch Versicherte wiederholt festgestellt worden. In manchen Fällen konnte nach Art der Sachlage erkannt werden, daß die Entfernung und Außerzwecksetzung schon lange Zeit zurücklag."

Hier wird den Versicherten zunächst ein Lob gespendet, gleichzeitig wird aber auch festgestellt, daß die vorhandenen Schutzvorrichtungen durch die Versicherten wiederholt entfernt oder unbrauchbar gemacht wurden. Diesen Vorwurf dürfen sich die Versicherten nicht machen lassen. Die vorhandenen Schutzmaßnahmen werden erlassen, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Die Schutzvorrichtungen dürfen daher unter keinen Umständen entfernt werden. Stellt sich heraus, daß der Unfallschutz nicht praktisch ist, dann müssen die Kolleginnen und Kollegen an seinem Ausbau mitarbeiten. Das ist der richtige Weg.

Unter dem Kapitel neue Schutzvorrichtungen wird ein Sackaufzug besprochen. Die Besprechung ist durch eine bildliche Darstellung ergänzt. Der Sackaufzug ist von der Firma Heinrich Pryhe, Essen, hergestellt. Er hat gegenüber den bisherigen Aufzügen bezüglich Unfallsicherheit große Vorteile. Er besitzt keine Türen, kann also nicht betreten werden. Er beladet und entladet sich automatisch. Auch das beseitigt manche Unfallgefahr. Im ersten Teil unserer Besprechung hatten wir auf einen Unfall verwiesen, der an einem unvorschriftsmäßig gebauten Kuchenbrecher eingetreten war. Der Bericht bringt eine Beschreibung und eine Abbildung über einen neuen Kuchenbrecher. Auch dieser Apparat war zunächst ungenügend geschützt. Auf Vorstellung der technischen Aufsichtsbeamten bei der erbauenden Firma erklärte sich diese bereit, künftig diesen Apparat mit dem genügenden Schutz auszurüsten.

Der Bericht klagt dann darüber, daß neuaufgestellte Maschinen immer noch mangelhaft geschützt angetroffen werden. Namentlich wird über fehlende oder falsch angebrachte Schutzroste auf Walzengetrieben geklagt. Wiederholt mußte man bei herstellenden Firmen vorstellig werden, um den Einbau eines besseren Unfallschutzes zu erreichen. Die Maschinen mit mangelhaftem Schutz werden nicht nur von kleinen Betrieben, sondern auch von großen Firmen hergestellt. Nachher wird gesagt, man habe den nötigen Schutz „vergessen". In Wirklichkeit liegen die Dinge wohl so, daß der Einbau des nötigen Schutzes die Maschine etwas verteuert. Um möglichst billig zu sein, verzichtet man daher auf den Schutz. Der Fabrikant, der die Maschine in Betrieb nimmt, schneidet aber finanziell schlechter dabei ab. Er muß nachher den nötigen Schutz anbauen lassen, das kostet viel mehr.

Insgesamt enthält der Bericht eine ganze Reihe Anregungen und gibt praktische Winke, wie der Unfallschutz besser ausgebaut und durchgeführt werden kann. Hoffen wir, daß es in gemeinsamer Arbeit gelingt, die Zahl der Unfälle im laufenden Jahre noch mehr herabzudrücken als im abgelaufenden Jahre.

E. Senkfeil.

Frauenfragen.

Der Dank des Vaterlandes an die Kriegerwitwen.

Die Kriegerwitwen werden von der Notverordnung über alle Maßen hart betroffen. Bei der bisher schon äußerst niedrig bemessenen Rente drücken sich die neuen Kürzungsbestimmungen in furchtbarer Weise aus. Durch die weitere Änderung der Bestimmungen über die Zusatzrente tritt bei vielen Witwen eine doppelte Kürzung ihrer bisherigen Bezüge ein. So verliert z. B. eine Witwe, die noch nicht das 45. Lebensjahr vollendet hat, monatlich einen Betrag von 34 Mk.; sie erhält vom 1. Juli an nur noch in der Ortsklasse B und ohne Ausgleichszulage 25,20 Mk., in Berlin bei einfacher Ausgleichszulage 35,85 Mk.

Noch stärker wirkt sich diese Kürzung bei den in den Dörfern und Kleinstädten wohnenden Kriegerwitwen aus. Hier tritt durch den Wegfall bzw. die Kürzung des Ortsklassenzuschlages darüber hinaus noch eine Minderung der Rente von monatlich 3 bis 4 Mk. ein.

Von den Kürzungsbestimmungen werden aber auch die sehr zahlreichen Witwen im Lebensalter zwischen 45 und 50 Jahren betroffen. Wie man sich für diese Witwen noch eine Unterbringung im Arbeitsprozeß denkt — wie es in der Notverordnung zum Ausdruck kommt —, bleibt denen überlassen, die für die Änderung der Zusatzrentenbestimmungen verantwortlich sind.

Auch die Kriegerwaisen, die sich nicht mehr im Haushalt der Mutter befinden, und sogar die verheirateten Kinder werden zum Unterhalt der Kriegerwitwen herangezogen.

Die ungeheuren Härten, die sich aus der Notverordnung für viele Teile unseres Volkes ergeben, sind für die Kriegerwitwen und Kriegereltern wie auch für die Kriegsbeschädigten unter keinen Umständen tragbar. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat deshalb Veranlassung genommen, die Fraktionen des Deutschen Reichstags um die Änderung der unhaltbaren rigorosen Bestimmungen der Notverordnung zu ersuchen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Vierter Bundestag des ADGB.

Montag, den 31. August 1931, im Palmengarten-Restaurant zu Frankfurt a. M.

Tagesordnung:

1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes. (Berichterstatter: Theodor Leipart, Bundesvorsitzender.)
3. Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die Vierzigstundenwoche. (Berichterstatter: Professor Dr. Lederer, Heidelberg.)
4. Öffentliche und private Wirtschaft. (Berichterstatter: Oberbürgermeister Brauer, Altona.)
5. Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts. (Berichterstatter: Bundessekretär Nörpel.)
6. Anträge zu den Bundessatzungen.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Die Verhandlungen beginnen vormittags 9 Uhr.

Berlin, 14. Juli 1931.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Th. Leipart.

Kommunistisch-nationalistische Einheitsfront.

Weil die preußische Regierung den demagogisch verstiegenen Anträgen der KPD. nicht nachgab, verbündet sich die „einzige revolutionäre Arbeiterpartei" mit den finstersten Reaktionären, mit den Deutschnationalen und Stahlhelmern, den Todfeinden der Gewerkschaften, den Vertretern des brutalsten Unternehmertums, mit den Nationalsozialisten, den Hakenkreuzlern, die schon soviel Arbeiterblut vergossen haben und sich dessen heute noch rühmen. Gemeinsam mit all diesen Arbeiterfeinden will die KPD. im Volksentscheid für die Auflösung des Preußischen Landtages mit „Ja" stimmen. Damit ebnet die KPD. dem Faschismus den Weg zu seiner blutigen Diktatur über das Proletariat, damit zeigt sie, wie wenig es ihr in Wirklichkeit um die Interessen der Arbeiterschaft zu tun ist. Kann ein denkender Arbeiter noch Mitglied einer Partei sein, die in so verbrecherischer Weise mit dem Schicksal der Arbeiterschaft spielt und heute sich mit den brutalsten Reaktionären verbrüdert, die sie gestern noch als Bluthunde und Arbeitermörder gebrandmarkt hat?

Geht nicht zum Volksentscheid!

Urteil gegen den Kommunisten Köhnsen.

Abschrift!

33 B. 371/31.

Im Namen des Volkes!

Privatklagesache des Vorsitzenden des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Herrn Karl Thiemig, Hannover, Rathenauplatz 3, und des Gauleiters und Gewerkschaftssekretärs Louis Bruns, Frankfurt a. Main, Bergerstraße 57,

Privatkläger,

vertr. durch Rechtsanwalt Dr. Julius Katz, Hannover —

gegen den Redakteur H. Köhnsen, Lekker Nr. 103,

Angeklagten,

wegen Beleidigung.

Das Amtsgericht in Hannover hat in der Sitzung vom 1. Juli 1931, an der teilgenommen haben:

Gerichtsassessor Dr. Ebert,
als Amtsrichter,
Justizsekretär Gerberding,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 RM. — fünfzig —, eventuell zu fünf Tagen Gefängnis, und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Den Beleidigten, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und dem Gewerkschaftssekretär Louis Bruns in Frankfurt a. Main, wird außerdem die Befugnis zugesprochen, binnen sechs Wochen nach Empfang der rechtskräftigen Ausfertigung des Urteils, die Verurteilung des Angeklagten je einmal im „Volkswillen" und der „Neuen Arbeiter-Zeitung" öffentlich bekanntzumachen.

Dr. Ebert.

Internationale Arbeiterbewegung.

Sozialgesetzgebung in Brasilien.

Die brasilianische Revolution hat der Arbeiterschaft zum erstenmal das Koalitionsrecht gebracht. Eine Verordnung der Provisorischen Regierung vom 19. März gestattet die Bildung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und anerkennt das Recht beider Parteien, sich zur Durchsetzung ihrer „wirtschaftlichen, rechtlichen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen" zusammenzuschließen. Dagegen ist der Zusammenschluß der einzelnen Berufsorganisationen, die nach dem Gesetz voneinander unabhängig sein müssen, verboten, so daß vorläufig weder ein brasilianischer Gewerkschaftsbund noch eine Vereinigung der Arbeitgeberverbände gebildet werden darf. Den Mitgliedern wurde der Beitritt zu internationalen Zusammenschlüssen verboten, doch kann der Arbeitsminister den korporativen Beitritt eines Berufsverbandes zu einem solchen internationalen Verband, beispielsweise zur Gewerkschafts-Internationale, genehmigen. Im Zusammenhang mit diesem Koalitionsgesetz wurde eine Verordnung über Gewährung von Urlaub an Arbeiter und Angestellte erlassen, wonach bei einer Beschäftigung von mindestens einem Jahr ein Anspruch der Arbeitnehmer auf 14 Tage bezahlten Urlaubs besteht. Allerdings besteht gegenwärtig noch keine Sicherheit, daß diese Gesetze auch in der Praxis zur Durchführung kommen. Der Bildung starker Gewerkschaften steht vor allem der mangelnde Bildungsgrad der brasilianischen Arbeiter hindernd im Wege, so daß vorläufig die Gewerkschaftsbewegung vornehmlich auf einzelne hochqualifizierte Arbeitergruppen beschränkt bleiben dürfte.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband Anfang Juli 1931.

In der Zeit von Mitte bis Ende Juni d. J. hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt die Arbeitsmarktlage in bescheidenem Umfang gebessert. Bei den Arbeitsämtern waren am 30. Juni noch rund 3 962 000 Arbeitslose gemeldet. Damit ist gegenüber Mitte Juni ein Rückgang um rund 38 000 zu verzeichnen, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres nur noch eine Abnahme um rund 5000 stattfand. Gegenüber der Höchstbelastung Mitte Februar dieses Jahres beläuft sich der Rückgang der Arbeitslosenzahl auf rund 1 030 000, während er im Vorjahre, in dem der winterliche Höhepunkt der Arbeitslosigkeit allerdings wesentlich niedriger lag, bis Ende Juni nur 725 000 betrug.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging vom 15. bis 30. Juni um rund 62 000 zurück, und zwar auf 1 414 000. In der Krisenfürsorge hat ein geringer Zuwachs um rund 6000 auf rund 940 000 Hauptunterstützungsempfänger stattgefunden.

Auch in unserer Organisation ist die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Gesamtzahl etwas zurückgegangen. Nahrungsmittel-, Porzellan- und Glasindustrie weisen erhöhte Arbeitslosenzahlen auf. Die Kurzarbeit in der Spielwarenbranche hat sich von 22,2 Ende Mai auf 30,4 Ende Juni erhöht.

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

1931	Ende Mai			Ende Juni		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	30,1	28,4	29,1	29,1	24,3	28,1
In der Industriegruppe:						
Chemie	23,1	21,6	22,8	22,4	21,2	22,1
Papier	19,2	21,2	19,6	17,7	20,0	18,2
Nahrungsmittel	21,5	22,9	21,8	23,6	22,4	23,3
Spielwaren, Blumen und so weiter	47,1	35,8	41,0	39,0	31,9	34,0
Sonstige Industrien	40,4	28,3	37,2	39,9	25,4	35,4
Keramischer Bund insgesamt	40,9	30,1	39,0	39,9	30,3	38,1
a) Porzellan	31,6	22,4	28,1	32,3	23,2	28,9
b) Glas	39,3	35,6	38,8	40,5	36,7	40,0
c) Grobkeramik usw.	45,0	40,3	44,6	41,9	38,6	41,6
arbeiteten verkürzt:						
Fabrikarbeiterverband insgesamt	16,1	18,6	16,6	15,4	17,1	15,8
In der Industriegruppe:						
Chemie	22,7	18,3	21,7	22,3	17,6	21,3
Papier	21,4	25,5	22,2	18,2	20,1	18,6
Nahrungsmittel	15,7	6,2	13,4	14,6	6,5	12,6
Spielwaren, Blumen und so weiter	22,1	22,4	22,2	32,8	28,4	30,4
Sonstige Industrien	11,1	11,9	11,3	10,8	10,2	10,6
Keramischer Bund insgesamt	12,7	21,9	14,3	12,3	20,2	13,7
a) Porzellan	30,3	30,1	30,2	30,6	29,7	30,2
b) Glas	10,7	15,4	11,3	8,5	7,4	8,4
c) Grobkeramik usw.	7,8	11,6	8,2	8,2	12,6	8,6

Am meisten zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Westfalen. Die übrigen Landesarbeitsamtsbezirke weisen eine ganz geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit auf. Hoffen wir, daß eine weitere Entlastung eintritt!

R. Gr.

Berichte aus den Zahlstellen.

Luckenwalde. Am 4. Juli 1931 fand unsere Quartalsversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Müller, erstattete den Bericht über die Lohnverhandlungen und führte etwa folgendes aus: Ein greifbares Resultat unserer Lohnverhandlungen ist jedem Kollegen allwöchentlich präsentiert worden. Nach all den Erfolgen unseres Verbandes innerhalb der Zahlstelle war der Abschluß ohne Frage schmerzlich für uns. Bei genauerer Betrachtung der Forderung der Arbeitgeber und in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage können wir aber trotzdem einen Erfolg buchen. Die Arbeitgeber boten Löhne von 60 bis 65 Pf., Urlaub sollte ganz gestrichen werden. Nach 2½stündigen Verhandlungen erreichten wir einen Stundenlohn von 76 Pf., die Urlaubsbestimmungen blieben wie im Vorjahr. Wenn nun von verschiedenen Kollegen Kritik geübt wird wegen des Abbaues, so muß doch gesagt werden, daß hier für uns unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen das denkbar Beste erreicht wurde. Durch die Organisation im einzelnen, durch die Gewerkschaften im ganzen, bilden wir ja eine Macht, die das Recht hat, durch unsere Gewerkschaftsführer in allen für die Arbeiterschaft entscheidenden Fragen Einfluß und Wirkung von Bedeutung zu erlangen, mitzubestimmen an sämtlichen sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Um mehr und entscheidenden Einfluß zu gewinnen, ist ganzes Vertrauen in unsere Führung und bessere Organisation erforderlich. Ein jeder Kollege tue nach wie vor seine Pflicht als Gewerkschaftler. Die RGO. sucht auch in unseren Reihen vorzudringen. Aber die Praxis hat schon gezeigt und wird es ferner auch beweisen, daß die Gewerkschaften auf dem richtigen Wege sind und ihre Ziele erreichen werden. Trage jeder Kollegen nach Kräften bei, unseren Verband weiter auszubauen! Wie für die Partei, so gilt auch für uns die Parole: „Wo bleibt der zweite Mann?" Zum Schluß sprach unser Gauleiter, Kollege Martin (Berlin), der allseitigen Beifall für seine interessanten Ausführungen erntete.

Wilh. Brezing.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Dresden: Erich Borrmann, Mitgl.-Nr. 811 364; Selb (Oberfr.): Richard Sommerer, Mitgl.-Nr. 905 703; Freiberg i. Sa.: Willi Anton, Mitgl.-Nr. 92 299, Ernst Alfred Schiebler, Mitgl.-Nr. S II 775 215; Magdeburg: Paul Jünemann, Mitgl.-Nr. 1 153 069; Glogau: Frieda Kunze, Mitgl.-Nr. 128 618.

Berichtigungen zum Verbandstagsbericht.

In Nr. 29 des „Proletariers" muß es bei der angenommenen Entschließung Kohl und Genossen bei den Unterzeichnern Johann Bönisch heißen.

In der Nr. 30 des „Proletariers" haben sich in den Unterstützungstabellen zwei Fehler eingeschlichen: Zunächst ist bei der Erwerbslosenunterstützung auch in der Beitragsklasse von 110 Pf. die letzte Stufe die Beitragsdauer von 1300 Wochen, genau wie in allen anderen Beitragsklassen.

Ferner beträgt die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung in der Beitragsklasse von 160 Pf. bei 520 Beitragswochen 28,20 RM., nicht wie in der Tabelle angegeben 27,90 RM.

Beilage zum Proletarier

Nummer 31 — Hannover, 1. August 1931 — 40. Jahrgang

Chemische Industrie

Bilanz des Arbeitgeberverbandes Chemie.

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands hielt am 12. Juni d. J. in Berlin seine Hauptversammlung ab. Da wir einen Bericht darüber nicht in Händen haben, entnehmen wir das Wichtigste über diese Tagung der Zeitschrift „Teer und Bitumen" vom Juli 1931. Dort wird berichtet, daß gleichzeitig mit der Vorlage des Berichts über das Jahr 1930 (das 12. Berichtsjahr) die Feier der 25jährigen Wiederkehr der Gründung des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie Berlins stattfand.

Über den organisatorischen Umfang des Arbeitgeberverbandes wird mitgeteilt, daß der Arbeitgeberverband in 13 Sektionen zerfällt. Er umfaßte im Jahre 1930 1398 Mitgliedsfirmen gegen 1419 im Vorjahre. Insgesamt wurden bei den Mitgliedsfirmen 225 444 Arbeiter beschäftigt gegenüber 263 800 im Jahre 1929. Die Mitgliedsfirmen zerfallen in 28 Alleinbetriebe (Filialen, Verkaufsstellen usw.). Kleinbetriebe, die bis fünf Personen beschäftigten, wurden 65, Mittelbetriebe mit einer Personenzahl von 6 bis 50 wurden 697, Großbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von 51 bis 1000 Personen wurden 575 Betriebe gezählt. Über 1000 Personen pro Betrieb wurden bei 41 Mitgliedsfirmen gezählt. Der Arbeitgeberverband zieht daraus die Schlußfolgerung, daß es irrig sei, anzunehmen, daß der Verband nur aus einigen Großunternehmungen zusammengesetzt sei. Der Bericht verweist darauf, daß gerade die Mittelbetriebe dominieren und in ihrer Gesamtheit den Großbetrieben die Waage halten.

Daß der Arbeitgeberverband besonderen Wert auf diese Feststellung legt, läßt unseres Erachtens darauf schließen, daß auch im Arbeitgeberverband der chemischen Industrie bei den Klein- und Mittelbetrieben Unzufriedenheit herrscht, weil dort das Gefühl vorhanden ist, daß die größten Firmen auch die stärksten Nutznießer des Zusammenschlusses seien.

Dem Bericht geht eine Einleitung über die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Jahre 1930 voraus, in dem besonders darauf hingewiesen wird, daß zu Anfang des Jahres 1931 annähernd ein Fünftel der deutschen Arbeitskräfte erwerbslos war, und daß nach Einrechnung der Kurzarbeit über ein Viertel brach liegt. Eine Feststellung, die die allgemein bekannten Arbeitsmarktverhältnisse unterstreicht. Der Berichterstatter ist der Auffassung, daß mit Recht gesagt wird, daß diese Massenarbeitslosigkeit, die in diesem Ausmaße noch niemals zu verzeichnen war, zu einer Schicksalsfrage für die ganze deutsche Wirtschaft geworden sei.

Leider vergißt die „deutsche Wirtschaft" und mit ihr auch die chemische Industrie die praktische Nutzanwendung aus dieser Erkenntnis zu ziehen.

Der Bericht weist weiter darauf hin, daß die Verkettung von Weltwirtschaftskrise, Arbeitslosenkrise und Tributzwang nicht allein Deutschlands Existenz ernstlich bedroht, sondern daß auch die Abhängigkeit des deutschen Geldmarktes vom ausländischen Leihkapital die Schwierigkeiten verschärft. Die allgemeine wirtschaftliche Krise konnte naturgemäß nicht ohne entscheidenden Einfluß an der chemischen Industrie vorübergehen. Die Ausfuhr in Erzeugnissen der chemischen Industrie sei im Jahre 1930 um 17 Prozent geringer gewesen als im Jahre 1929. Der Bericht hebt hervor, daß diese Wertminderung wohl z. T. durch Preisreduktionen zu erklären sei, er weist aber auch darauf hin, daß die Ausfuhrmengen an Chemikalien um 10 Prozent zurückgegangen seien und daß Düngemittel mehr als ein Drittel ihres Exports verloren, Kunstseide und Holzverkohlungsprodukte 30 Prozent, organische Säuren sogar 45 Prozent ihres Ausfuhrwertes.

Hierzu müssen wir sagen, daß man von diesen Gesichtspunkten aus die Lage der chemischen Industrie Deutschlands keinesfalls allein beurteilen darf. Die mengenmäßige Verringerung der Ausfuhr bedeutet bei der chemischen Industrie noch lange nicht unter allen Umständen Verlust. Der Ausfuhrverlust wird zu einem erheblichen Teile aufgeholt durch die Auslandsgründungen der chemischen Industrie, namentlich des J.-G.-Farbentrustes. Die chemische Industrie hat selbst einmal betont, daß die Verlegung von Produktionswerkstätten (Anilinfarben, Kunstseide, Film, synthetische Benzingewinnung) als „zusätzlicher Export" aufzufassen sei, d. h., eine Produktion, deren Gewinnergebnisse zur Verfügung des deutschen Chemiekapitals im Auslande bleiben, wobei die Arbeitsmöglichkeit und der Verdienst jedoch den deutschen Arbeitern entzogen werden. Wie mengenmäßige Ausfuhrverluste zu werten sind, ergibt sich beispielsweise daraus, daß die deutsche chemische Industrie 1913 108 000 Tonnen Farbstoffe (Anilinfarben) ausführte. Heute beträgt die Ausfuhr nur noch 43 000 Tonnen, der Erlös dafür aber ist genau so hoch wie der im Jahre 1913. Wir könnten diese Beispiele beliebig vermehren.

Ein ganz besonderes Kapitel nimmt natürlich die Frage der Lohnpolitik ein. Zu dieser Frage äußert sich der Berichterstatter wie folgt:

„In der Lohnpolitik hat der Arbeitgeberverband sich lange Zeit eine große Zurückhaltung auferlegt, in der Überzeugung, daß Ruhe und Sicherheit in den Betrieben die unbedingte Voraussetzung für die ungestörte Arbeit in der Wirtschaft sind. Im weiteren Verlauf seiner Darstellung betont der Bericht die ablehnende Haltung der Gewerkschaften und ihre Inaktivität bei Schaffung der Voraussetzungen zur Überwindung der Krise, wie sie durch die Herabsetzung der Löhne angebahnt werden könnte. Der Bericht macht Gewerkschaften und Gewerkschaftsführern Vorwürfe, daß sie nur in seltenen Fällen zur freiwilligen Vereinbarung über die Herabsetzung der Löhne kamen, konnten doch nur mit zwei Sektionen, Frankfurt und Elberfeld, freie Vereinbarungen herbeigeführt werden. In 17 Fällen mußte das Haupttarifamt angerufen werden, und von diesen 17 Verhandlungen scheiterten doch noch 10, so daß die staatlichen Schlichtungsinstanzen angerufen werden mußten. In drei Fällen gelang es nur mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums, zu einem Abschluß zu kommen."

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie macht diese Vorwürfe den Gewerkschaften und Gewerkschaftsführern zu Unrecht. Er konnte nicht erwarten, daß die Lohnabbaumaßnahmen des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie widerspruchlos oder zustimmend hingenommen wurden, denn von diesen Instanzen ist immer wieder betont worden, daß die Lohnhöhe in der chemischen Industrie sich nach anderen Gesichtspunkten orientieren müsse als nach den in der übrigen deutschen Industrie geltenden Löhnen. Die Löhne in der chemischen Industrie könnten sich sehr wohl in einer anderen Höhe bewegen, als dies der Fall ist, und zwar parallel zur wirtschaftlichen Gesamtlage der deutschen chemischen Industrie im Verhältnis zu den übrigen Industrien. Wenn trotzdem die chemische Industrie einen Lohnabbau durchgeführt hat, so konnte sie es nur deshalb, weil die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer begünstigten. Wenn der Arbeitgeberverband bedauert, daß durch die ablehnende Haltung der Gewerkschaften und ihre Inaktivität bei Herabsetzung der Chemielöhne Voraussetzungen zur Überwindung der Krise nicht geschaffen werden konnten, so sei an dieser Stelle nochmals darauf verwiesen, daß die Gewerkschaften in der Herabsetzung der Arbeitslöhne und der sich daraus ergebenden Kaufkraftverminderung kein Heilmittel, sondern eine Ursache zur Verschärfung der Krise sehen.

Bestell Nr. 368 d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H. b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft. Berlin W 9.

In vielen Schächten und Stollen bilden sich Gase, die sich infolge ihrer Schwere in der Tiefe ablagern. Sie sind vielfach völlig geruchlos, so daß sie meistens gar nicht wahrgenommen werden. Es ist daher ein unverantwortlicher Leichtsinn, in tiefe Öffnungen ohne die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen hinabzusteigen.

Es genügt keineswegs, daß eine zweite Person zur Aufsicht und eventuellen Hilfeleistung dabeisteht. Denn wenn der erste von den Gasen plötzlich betäubt wird und in der Tiefe zusammensinkt, so muß der zweite gleichfalls in den Bereich der giftigen Gase hinabsteigen, und es ist schon oft vorgekommen, daß dann auch der Retter tödlich verunglückte. Vorschrift ist, daß vor Betreten derartiger Räume mit Hilfe von Gasanzeigern, Sicherheitslampen und ähnlichem festgestellt werden muß, daß sich keine schädlichen Gase darin befinden. Die in der Tiefe arbeitenden Personen müssen angeseilt sein, und das Seil muß von einer kräftigen zuverlässigen Person gehalten werden. In besonderen Fällen ist vorherige Entgasung vorgeschrieben, ebenso müssen, wo die Betriebsverhältnisse es erfordern, Rettungsgeräte gebrauchsfertig bereit gehalten werden und Wiederbelebungsapparate zur Stelle sein.

Wir unterschreiben und heben hervor, was der Berichterstatter bei Betrachtung dieses Berichtes besonders hinsichtlich der Lohnpolitik sagt, wenn er ausführt:

„Wenn der Bericht sagt, daß ein solches Ergebnis gewiß nicht geeignet ist, die Zusammenarbeit zwischen den beiderseitigen Organisationen und damit den Gedanken der sozialen Selbstverständigung zu vertiefen, so übersieht er dabei, daß in der umgekehrten Situation, also in Zeiten der Konjunktur und des steigenden Verdienstes, die Arbeitgeberorganisationen niemals freiwillig Lohnerhöhungen angeboten haben."

Wir danken dem Verfasser des Berichtes für dieses offene Wort an die Adresse des Arbeitgeberverbandes. Er hat mit dieser Feststellung den Nagel auf den Kopf getroffen.

Wenn der Berichterstatter weiterhin bezweifelt, ob eine Ermäßigung der Löhne, wie der Bericht erhofft, die Exportmöglichkeiten in der chemischen Industrie steigert, so können wir diesen Zweifel in vollem Umfange teilen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß bei der Mehrzahl der chemischen Produkte der Lohnanteil so gering ist, daß selbst ein wesentlich größerer Lohnabbau den Preis noch nicht um den Bruchteil eines Prozents senken kann. Wir behaupten nach wie vor, daß der Lohnabbau in der chemischen Industrie eine Prestigefrage gewesen ist, die zum erheblichen Teil mitbestimmt war von der Organisation des deutschen Unternehmertums.

Daß der Lohnabbau ein Heilmittel zur Wirtschaftskrise sein kann, bezweifelt auch der Berichterstatter, wenn er sagt:

„Die wirtschaftlichen Gegensätze waren es schließlich, die zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen des Jahres 1914 führten. Es darf nicht erwartet, noch weniger gehofft werden, daß altruistische Regungen des Auslandes die Wirtschafts- und Machtpolitik gegen Deutschland bestimmen könnten. Daß die Herabsetzung der Löhne und Gehälter im Innern zu einer Einschränkung des Warenumlaufes führte, dürfte ernstlich kaum noch bestritten werden können. Der Rückgang in der Produktion bringt aber zwangläufig einen Rückgang der Verdienstziffern und infolgedessen auch einen Rückgang in den Steuereinnahmen des Reiches mit sich."

Betrachtet man die Zahl der vom Arbeitgeberverband erfaßten Betriebe, so kann man sagen, daß ungefähr die Hälfte der eigentlichen produktiven Chemiebetriebe in Deutschland durch die Organisation der Arbeitgeber erfaßt ist. Vergleicht man jedoch die Zahl der Arbeiter in diesen Betrieben mit der Gesamtarbeiterschaft der chemischen Industrie, so ändert sich das Bild wesentlich zugunsten des Arbeitgeberverbandes, es ergibt sich dann, daß bei den Mitgliedsfirmen zirka 225 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Zieht man ferner in Betracht, daß nach dem letzten Bericht der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie in Deutschland in der chemischen Industrie zirka 347 000 Beschäftigte vorhanden sind, so kommt man zu der Folgerung, daß alle in Deutschland in der chemischen Industrie maßgebenden Betriebe im Arbeitgeberverband Chemie organisiert sind, und daß es nur kleine und rückständige Betriebe sein können, die dieser Organisation nicht angeschlossen sind.

Die Nutzanwendung daraus ist, daß die Arbeitgeber in der Chemie den Wert des organisatorischen Zusammenschlusses erkannt haben. Sie sind nicht nur im Arbeitgeberverband, sondern in vielen anderen wirtschaftlichen Schutz- und Zweckverbänden organisiert.

Die wirtschaftlich Starken haben den Wert der Organisation erkannt. Sie wissen, wieviel Macht in der Geschlossenheit liegt. Das sollte die Arbeiter in der chemischen Industrie immer mehr anspornen, auch ihrerseits durch eine große und geschlossene Organisation dafür zu sorgen, daß im Kampfe um die Erringung lebenswürdiger Lohn- und Existenzbedingungen ihre Interessen wirkungsvoll vertreten werden können.

K. Segerer.

Die Reichsknappschaft.

Starke Kürzung der Leistungen. — Sanierung auf Kosten der Arbeiterschaft.

Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 bestimmte, daß das Reich der Reichsknappschaft zur Sanierung der Finanzen insgesamt 70 Millionen Reichsmark überweisen sollte, jedoch unter der Bedingung, daß der restliche Fehlbetrag von zirka 30 Millionen Reichsmark durch Minderung der Leistungen zu decken sei. Die Hauptversammlung der Reichsknappschaft lehnte jedoch den Vorschlag der Regierung ab. Daraufhin wurden die Zuschüsse gesperrt, so daß die Reichsknappschaft gezwungen war, ihre Leistungen um ungefähr 10 v. H. zu kürzen.

Jetzt hat der Reichsarbeitsminister eingegriffen und die Satzungsänderungen im Sinne der Notverordnung durchgeführt. Dadurch dürften die Differenzen zwischen der Reichsregierung und der Reichsknappschaft vorläufig erledigt sein.

Vorläufig deshalb, weil die Geschäftsberichte der letzten Jahre zeigen, daß die Ansprüche der Reichsknappschaft durch Beiträge allein nicht mehr gedeckt werden können. Nach den vom Reichsarbeitsminister errechneten Zahlen ist für die Zeit vom 1. April 1931 bis zum 31. März 1932 in der Arbeiterpensionskasse mit einem Fehlbetrag von 112 Millionen und in der Angestelltenpensionskasse mit rund 10 Millionen Mark zu rechnen.

Auf Grund der zwingenden Vorschriften der Notverordnung hat die Reichsknappschaft deshalb angeordnet, vom 1. Juli d. J. an die Leistungen wie folgt zu kürzen:

„Für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis März 1932 findet eine allgemeine Kürzung sämtlicher knappschaftlicher Leistungen um 10 Prozent statt.

Das Kindergeld fällt zur Hälfte fort.

An den um 10 Prozent gekürzten Beträgen sind noch weitere Kürzungen wie folgt vorzunehmen:

Das Waisengeld ruht um 50 Prozent. Die Bestattungsbeihilfe wird nur in zweifacher statt bisher dreifacher Höhe gewährt. Freie ärztliche Behandlung und Arznei ist nur noch durch Sprengelärzte dort zu gewähren, wo ein Vertragsverhältnis mit den Ärzten besteht.

Pensionskassenleistungen von Empfängern, deren Beitragszeiten auf Werken erdient sind, die aus der knappschaftlichen Versicherung ausgeschieden sind, werden um weitere 50 Prozent gekürzt, sofern die ausgeschiedenen Werke bisher keine Entschädigung leisteten. In Zweifelsfällen ist durch Rückfrage festzustellen, ob eine Entschädigung geleistet ist.

Außerdem fallen die Abfindungen an Witwen im Falle der Wiederverheiratung fort.

Die Pensionen der Arbeiter-Pensionskasse bei der Siegerländer Knappschaft sind statt um 10 Prozent um 20 Prozent zu kürzen und dementsprechend auch die Witwenpension, das Waisengeld und die Bestattungsbeihilfe zu errechnen."

Das sind erst die vorläufigen Leistungskürzungen, die endgültigen Kürzungen auf Grund der Satzungsänderung sind uns noch nicht bekannt. Die knappschaftlich versicherten Arbeiter werden von diesen Maßnahmen nicht erbaut sein, weil die hohen Beiträge mit den Kassenleistungen nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Nun ist zwar diese Maßnahme nur als Notmaßnahme gedacht; aber bei der rückläufigen Entwicklung der knappschaftlich versicherten Betriebe befürchten wir, daß auch diese Maßnahme nur ein Palliativmittel ist. Wenn das Reich bei der heutigen äußerst gespannten Finanzlage größere Zuschüsse nicht gewähren kann, und wenn man in Regierungskreisen der Ansicht ist, die knappschaftliche Versicherung als Sonderversicherung der Bergarbeiter aufrechtzuerhalten, müssen eben andere Mittel und Wege gesucht werden, aus dieser Finanzkalamität herauszukommen. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob bei den Verhandlungen mit der Regierung auch von Zuschüssen der Bergwerksunternehmungen je Tonne des geförderten Produktes gesprochen worden ist. Vielleicht wäre zu weiteren Ersparnissen auch eine Zentralisierung der Verwaltung möglich. Die Sanierung der Knappschaft hauptsächlich auf Kosten der Arbeiter durchzuführen, dürfte bei einem großen Teil der Belegschaften auf starken Widerstand gegen die knappschaftliche Versicherung stoßen.

Bemerkenswert ist noch, daß bei den Beratungen über die Deckung der Fehlbeträge auch die Frage erörtert wurde, die knappschaftliche Versicherung an andere Versicherungen anzulehnen. Darüber haben die Verhandlungen jedoch zu einem greifbaren Ergebnis nicht geführt.

wh.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der Henker von Havanna.

Von Alfred Wolfenstein.

Der Henker von Havanna war ein Mörder, den man seinerzeit zu fünfzehn Jahren Kerker begnadigt hatte.

Wozu eignet sich ein lebendiger Mörder? Zum Henker. So wurde der umstrittene Beruf dort besetzt.

Dieser Rim Zayas erhielt nun für jede vollzogene Hinrichtung außer dem Goldlohn einen Nachlaß seiner Strafe.

Er begann sie abzuarbeiten. Zuerst kam ein gewöhnlicher Raubmörder. Für dessen Kopf wurde seine Haft um einen Monat kürzer gemacht.

Bei einem Soldaten, der sich am Wirt der Schenke Al Dinar wegen verweigerten Whiskys tödlich gerächt hatte, verdiente er sich schon ein Vierteljahr.

Aber das Dreifache schrieb man ihm gut, als eine Frau folgte. Junge Giftmischerin, ihr armer Gatte war Zollbeamter gewesen.

Umgekehrt brachte ein Mann als Mörder seiner Frau nur das Doppelte ein, obwohl Rim ihm gewiß den gleichen Tod bereitete wie allen.

Die nächste Zeit war besonders reich an kapitalen Verbrechen. So sparte er schon eine hübsche Summe von Jahren zusammen.

Die Freiheit kam ganz nahe, als eine Räuberbande eingefangen wurde, die wöchentlich mindestens einen Plantagenbesitzer auf dem Gewissen hatte.

Rim dehnte den runden Schlächterleib, das Kerkerfenster dehnte sozusagen schon sichtbar seinen Rahmen, mit dem Staat ließ es sich ehrlich zusammen arbeiten.

Nur anderthalb Jahre fehlten noch, und ein Attentat auf den Herrn Präsidenten gab den Ausschlag; dies drückte ihm zum letzten Male das Beil in die Hand.

Dann flog der Henker mit fröhlichem Schwung vor das eiserne Tor in die Freiheit hinaus, mitten ins schöne Havanna, er hatte sich losgeköpft.

Strahlend sah er in die blaue Sonne, Millionen Kilometer war sie entfernt gewesen, mit jedem Tode eines Mörders hatte sich das Licht ihm genähert.

Nicht sehr weit lag auch die Hafenschenke Al Pinar, und es wunderte den Wirt und seine Mannschaft nicht, daß an diesem Abend dank Rim Zayas der halbe Vorrat an Drinks wegging.

Heftiger wunderte sich der Pförtner des Gefängnisses, als man nachts diesen selben Rim schon wieder zurückbrachte, und zwar in Ketten.

Denn der ehemalige Mörder und letztmalige Henker war den bordwärts taumelnden Matrosen nachgelaufen, und weil sie sein ganzes Geld mitversoffen hatten, erstach er vier Mann.

Es ist in dieser Geschichte eines natürlichen Kreislaufs unbekannt geblieben, ob inzwischen ein anderer Mörder zum Henker bestellt war.

Oder ob man dem Rim eine neue Reihe von Verurteilten bewilligte, auf daß er noch einmal die schuldige Todesstrafe mit Hinrichtungen abzahlte.

Die Rechtsgrundlage.

Eine Frau kommt zum Doktor Saar und sagt:

„Sö san do der Doktor, der wo den Buam vom Fabrikant'n Linner behandelt zweng der Kopfverletzung vo dem Ziegelstoan?"

„Ja. Aber . . ."

Die Frau unterbricht.

„Net wahr, diesse Kopfverletzung is mordskomplüziert?"

„Ja. Aber ich . . ."

„Net wahr, dös is a langwierige Gschicht?"

„Ja. Aber ich weiß . . ."

„Net wahr, der Linner, der Vater vom Buam, der hat an Riesentrummhausn Göld?"

„Ja. Aber ich weiß wirklich . . ."

„Net wahr, vo oan, der wo so vüll Göld hat, vo so oan ko a Dokter do mehra verlanga als vo di andernen Leit?"

„Ja. Aber ich weiß wirklich nicht . . ."

„Net wahr, dem alten Linner, dem könnens a Mordsriesntrummrechnung macha?"

„Ja. Aber ich weiß wirklich nicht, was das alles Sie angeht?"

„Was ni dös ogeht? Dös geht mi scho was o. Vüll gehts mi o! Wolln sö alls allein einstecka vom alten Linner? Dös is mir zauer! Da schaust her!"

„Ich verstehe nichts."

„Sö verstehgn nix? Sö wolln halt nix verstehgn! Sö Geizkragn, sö roaiger, sö öllendiger! I wirs eana scho beibringa, 's Verständnis. I laß mi net betrügen, i net. I erlang mei Dreßßion."

„Eine Provision? Wofür? Auf welcher Rechtsgrundlage?"

„I hab mei Grundlag! Und ob i oane hab! A feine Grundlag hab i. Dös glaubst!"

„Wer sind Sie denn eigentlich?"

„Wer i bin? D' Muatta bin i vo dem Buam, der wo dem Buam vom Linner den Ziegelstoan aufn Kopf gschmissa hat."

Unser Freund, der Hund.

Keinem unserer Haustiere bringen wir so unsere Liebe und Freude entgegen wie dem Hunde. Es mag eine gewisse Einseitigkeit sein. Wir kennen noch zu wenig die Seele der Tiere. Das hat uns die Forschung gezeigt, daß wir noch vor großen Überraschungen in Hinsicht auf die Seele des Lebendigen stehen.

Allerdings zeigt uns der Hund seine Treue. Er ist geradezu ein liebebedürftiges Tier. Und damit trifft die Seele des Hundes unsere Seele.

Aber vielleicht hat auch die lange geschichtliche Dauer dieses Treueverhältnisses zwischen Mensch und Hund zu diesem engen Freundschaftsbunde beigetragen. Ist doch der Hund das älteste Haustier. Während das Pferd z. B. erst seit Beginn der geschichtlichen Zeit als Diener des Menschen erscheint, leben Mensch und Hund heraus seit der Steinzeit zusammen. Damit besteht das Verhältnis des Menschen zum Hunde nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung mindestens 12 000 Jahre.

Daß die Zeit ihr Teil beisteuerte, das Verhältnis des Menschen zum Hunde so eng zu gestalten, erscheint ganz unzweifelhaft. Denn auch der Hund war ein Räubertier. Und aus dem Räubertier wurde der treue Freund.

Eine Entwicklung, die uns zu denken und zu staunen und an das Leben zu glauben gibt.

Die Hölle hat Familientag.

Humoreske von Ernst Hallenstein.

Warum auch nicht??! — — —

Wie jede Pflanze nur in dem ihr angestammten Boden gedeiht, so kann der Familientag, der nichts Himmlisches an sich hat, nur in der Hölle seine Geburtsstätte gehabt haben.

Gewiß, es gibt auch Familientage, an denen sich die Familienmitglieder ausnahmsweise freuen auf ein Wiedersehen, aber diese Familien sind zu zählen. Es gibt eben zu viel verwandte Seitenlinien, die stets mit scheelen Blicken nach den prominenteren Verwandten schielen. Wie gesagt, es ist nicht immer die Sehnsucht und die Liebe, die den Kitt eines Familientages ausmachen, meistens nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe kommt man zusammen. — Wer bereitet uns wohl den meisten Ärger und den meisten Verdruß??? Nur die „lieben Verwandten"!!

Und wo treffen wir Verwandten uns am meisten?? — Auf dem Amtsgericht!! —

Ich war kürzlich Zeuge, als ein Freund dem anderen zurief: „Menschenskind, Sie sehen ja so gesund und froh aus, als hätten Sie jahrelang Ihre Verwandten nicht gesehen!" — Ein feiner Diagnostiker, dachte ich bei mir, denn er hatte recht!

Also, wie gesagt, die Hölle hatte Familientag, denn dort wollte man auch mal eine Abwechslung haben. Andere Zerstreuungen, wie z. B. Kreuzworträtsel, waren schon der ersten Silbe wegen in der Hölle strengstens verboten, und so entschied man sich eben, da es ja auch Mode war, für den Familientag, wo es immer, wenn auch nur heimlich, zu lachen gibt. —

Des Teufels Großmutter, wie sich das wohl so gehört, führte den Vorsitz. Sie saß auf einem glühenden eisernen Klubsessel, denn bei ihrem hohen Alter konnte es die gute Dame nie warm genug kriegen. Die Kohlenpreise in der Hölle hatten nämlich bei weitem nicht die Höhe erreicht wie bei uns. Auch muß man nicht vergessen, daß es bei der großen Menge, welcher die Hölle bedarf, Vorzugspreise gibt und so selbst der strengste Winter da unten keinen Einfluß hat.

Die alten Teufel saßen im Halbkreis vor der Teufelsgroßmutter, deren einer Eckzahn wie beim Eber etwas vorstand und der, da er plombiert war, im Feuer grell leuchtete, was ihm ein unheimliches Aussehen gab. Die jüngere Teufelgeneration stand etwas weiter zurück.

In einer Ecke zusammengedrängt, standen diejenigen, die für die Hölle reif waren, wie z. B. die Milchpantscher, Wucherer, Schieber und dergleichen, um für den Höllehitzegrad sortiert zu werden. In der Ecke gegenüber aber stand ein eiserner Stuhl, der immer in Glut gehalten wurde und an dem eine Tafel hing, auf der zu lesen stand: „Reserviert für Stalin!"

Nun klatschte des Teufels Großmutter dreimal in ihre heißen dicken Hände, und wie mit einem Zauberschlag wurde es still rings im Kreise, ja, selbst das höllische Feuer wagte nur ganz leise zu knistern. Man hätte eine Sicherheitsnadel fallen hören können, so still war es. —

„Hört mich an, ihr Teufelsrangen und Satansbraten!" begann des Teufels Großmutter, und dabei leuchtete ihr Eckzahn wieder ganz unheimlich, „hört mich an! Ich habe diesen höllischen Familientag einberufen, um von euch das Resultat des letzten Preisausschreibens zu hören. Ich machte euch am letzten Familientag klar, daß die Hölle nahe daran sei, ihre Macht über die Menschen zu verlieren. Die Bande da oben glaubt einfach nicht mehr an uns! Die Menschheit wird übermütig, zu selbständig! Sie muß geduckt werden. Wir müssen etwas erfinden, was ihr Angst macht, ihr Wesen beherrscht und sie der Freiheit des Denkens beraubt. Was sie zittern macht, ihr Herzklopfen verursacht. Mit einem Worte etwas, was den Menschen nicht mehr zur Ruhe kommen läßt, er darf sich nicht mehr Herr der Welt, nicht einmal mehr Herr der Straße nennen!!"

„Ist nun einer unter euch, der diese Preisfrage gelöst, der ein solches Mittel gefunden, das den Menschen unterjocht, der durch dieses Mittel Herr des ‚Herrn' wird?" —

Große Stille . . . . . .

Plötzlich rief eine schüchterne Stimme: „Neue Steuern!" Der Vorschlag kam von einem kleinen Teufelchen, bei dem die Hörner noch nicht ganz angesetzt hatten. Der Vorschlag wurde als längst überholt abgelehnt.

Nun trat ein junger Teufel mit hoher Stirn und intelligentem Gesicht vor den Thron und stellte ein Modell vor des Teufels Großmutter hin.

„Was ist denn das?" fragte die Höllenmutter erstaunt.

„Das ist ein russischer Galgen", sagte der kleine Satan, und lachte diabolisch.

Und siehe da, er bekam den ersten Preis!

Fabrikschlote.

Skizze von Hilde Dreyer.

Draußen vor der Stadt liegt ein Stück grauer Öde — häßliche Gerümpelhaufen, tiefeingefurchte Wege, ein paar armselige Schrebergärten, das ist alles. Die Großstadt schüttet hier ihren Unrat aus, ihre unwichtigen Überreste, so daß kaum ein einziger Baum sich hervorwagt und zu blühen Lust bekommt. Von hier aus erst weitet sich der Blick in unendliche Weiten, in endlose Felder, vom Horizont durchschnitten.

Jeden Tag um die gleiche Stunde sah man Andreas Hartling immer mit denselben hoffnungslosen, müden Schritten die schmutzige, oft vom Regen aufgeweichte Straße einherschreiten und andachtsvoll die riesigen Fabrikschlote, die breit und wichtig in den Himmel ragten, anstarren. Es lag etwas in seinem Blick, das unaussprechlich, unausdrückbar war, eine bange Frage, eine große Not, ein unglaublicher Schmerz. Viele Monate ging er nun schon Tag für Tag hier heraus. Wo er einst Arbeit und Brot gefunden. Tag für Tag sah er von außen die wohlbekannten Mauern, in denen er gern sich in den Prozeß werktätiger Arbeit eingereiht hatte. Er hörte die ihm so wohlbekannte Musik der Maschinen, ihr immer gleiches Surren und Summen, sah viele, viele fleißige Hände sich regen, nur er war nicht dabei, ein Ausgestoßener, Überflüssiger. Das Weh um sich selbst zerriß ihm oft fast die Brust, der Hunger grub sich unerbittlich in ihn hinein und die täglich sich erneuernde Sehnsucht, wieder aufgenommen zu werden in die Kette der Arbeitenden, abends todmüde, aber doch mit dem Bewußtsein erfüllter Pflicht und vollbrachter Leistung mit den anderen heimwärts zu schreiten in sein armseliges Stübchen bei irgendeiner alten, gleichgültigen Zimmervermieterin nahm ihm alle Lebensfreude.

Jetzt ertönte gerade das Signal zur Brotzeit. Andreas hörte im Geiste das muntere Geplauder der Arbeitsgenossen, sah in seiner Erinnerung Joseph die Stulle aus dem fettigen Papier wickeln. Immer hatte er Blutwurst dabei, die er Stück für Stück mit dem Messer zerteilte und in seinen bärtigen Mund schob. Oder die kleine schwarze Else, die nur von Rohkost lebte und meist eine Mohrrübe zwischen den blanken Zähnen zerrieb, dem Gespött der anderen ein hochmütiges Achselzucken entgegensetzend. Ach und Hans, der liebe, treue Hans, der immer den heimatlichen Speck brüderlich mit ihm geteilt. Andreas fühlte förmlich den herben salzigen Geschmack auf der Zunge. Auch der Freund war schon seit Monaten arbeitslos, ein Ausgestoßener wie er. Wehmütig blickte Andreas um sich. Nun hatte er den Lauf der Jahreszeiten an sich vorübergleiten lassen. Jetzt war's wieder Frühling, wo die Erde so frisch roch, einzelne Gräser sich bereits hervorwagten, die ersten zarten Salatspitzen neugierig hervorlugten und der Apfelbaum, ja der Apfelbaum, Andreas' trauter Freund, seine ersten Knospen ansetzte. Immer hatte er vom Fenster der Fabrik aus auf den Apfelbaum blicken können und sich ihm auf eine geheimnisvolle Weise verbunden gefühlt. Immer hatte er, wenn er oftmals mißmutig und müde gewesen und die frohgemuten Spaziergänger beneidet hatte, während er selbst in härteste Fron eingespannt war, auf den Baum geblickt. Dieser nickte gelassen und gleichmäßig Antwort mit seinen Zweigen, als wollte er sagen, Menschenskind, nimm dich und den ganzen Werkeltagsbetrieb nicht zu wichtig. „Ja", sagte Andreas zu sich selbst, „nun bin ich selbst ein solcher Spaziergänger, dem der Tag gehört, die weite Flur, der Himmel über mir und seine dahinsetzenden Wolken, und ich kann nichts damit anfangen. So ist's im Leben."

Hoffnungslos blickte er wieder um sich. Da sah er in einem der Schrebergärten ein junges Mädchen, das mit geröteten Wangen und gespannten Muskeln den Garten umgrub und nichts sonst zu beachten schien. Plötzlich fuhr sie auf, als hätte sie Andreas' Blicke gefühlt, sah auf den Mann, auf seine schwermütige Verlassenheit, die sich in seiner Haltung auszudrücken schien. Sie lief behend auf ihn zu und redete ihn mit einer glockenhellen Stimme an: „Wollen Sie mit hereinkommen und mir helfen, den Garten umzugraben? Es ist doch eine anstrengende Arbeit. Aber ich stehe ganz allein. Mutter und Vater sind gestorben und hinterließen mir nichts als eine Schar kleiner Geschwister, für die ich sorgen muß!"

Andreas eilte beglückt herzu. Schon hatte er die Hacke in seinen schwieligen Händen, schon perlte ihm der Schweiß von der Stirn, schon fühlte er beglückt die Anspannung der Muskeln und die Wonne nutzbringender Arbeit. Die beiden arbeiteten stumm; Stunde um Stunde verrann. Wie glücklich fühlte sich Andreas! Manchmal blickte er verstohlen auf das Mädchen an seiner Seite, sah ihren kräftigen Wuchs, ihre fleißigen Hände, ihre abgemessenen Bewegungen, die Sicherheit verrieten und Gewohnheit harter Arbeit. Ihr Kopf blieb gesenkt, ganz im Tun versunken. Schwere blonde Zöpfe waren am Hinterkopf geschlungen. Andreas wagte nicht zu reden. Und trotzdem konnte er nicht hindern, daß eine unsinnige Hoffnung, eine übergroße Seligkeit ihn erfüllte, daß er seine Kräfte wachsen fühlte und sich so reich und unbeschwert dünkte wie seit langem nicht mehr.

„Kommst du morgen wieder?" fragte ihn das Mädchen, als sie sich spät am Abend trennten. Er nickte stumm, aber das Glück strahlte ihm aus den Augen. Im Heimwärtsschreiten blickte er noch einmal auf die riesigen Fabrikschlote, die im Dämmer der anbrechenden Nacht wie ungeheure Gespenster zum Himmel ragten. Vielleicht, dachte er, und eine zitternde Freude stieg in ihm hoch, raucht auch ihr mir bald einmal wieder, vielleicht.

Ein Fink pfiff dazu sein Abendlied.

So macht man Dollars!

Ein richtiger hundertprozentiger Amerikaner pfeift auf völkerbefreiende Ideen und auf die sogenannten menschlichen Gefühle. Er hat nur eines im Sinn: Wie macht man Dollars? Dieser Gedanke bewegt nicht nur die Aristokraten der Börse und die Ölkönige und die Grubenmagnaten, er rumort auch in den Köpfen der kleinen Farmer und Lohnarbeiter, und es ist die Regel, daß der vorher bescheidenste Mitteleuropäer nur noch von Dollars spricht und träumt, sobald er die Quarantäne passiert hat. Es macht ihm gar nichts aus, daß er dabei über Leichen gehen muß. Bis er eines Tages merkt, daß er selbst dazu bestimmt ist, den Weg des Erfolges mit seiner erledigten Existenz zu pflastern. Das System läßt — aus reklametechnischen Gründen — ab und zu einen Zeitungsjungen Multimillionär werden, und solange das in jedem Jahrhundert einmal möglich ist, so lange ist das System heilig und unantastbar.

Upton Sinclair, einer der bestgehaßten Männer im Lande des Dollars, hat dem modernen Amerika schon oft einen schonungslosen Spiegel vor das Gesicht gehalten. Seine mutigen Romane enthalten alles, was über Amerika zu sagen ist; aber noch nie ist ihm ein Roman so geglückt, wie das neueste Buch, das jetzt unter dem Titel „So macht man Dollars!" im Malik-Verlag und in einer Nebenausgabe für die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg (vornehm ausgestattet, in Leinen 3 Mark) erschienen ist. Es hat vor allem den Vorzug, daß es nicht wieder so ein dicker Wälzer ist. Das Buch ist sehr konzentriert geschrieben, fesselnd und — etwas Neues bei Upton Sinclair — sehr witzig.

Es ist die Geschichte eines jungen Amerikaners, der „sein Glück macht". Als kleiner Junge sieht er einmal einen Luxuszug wegen eines Maschinendefekts in einem kleinen Ort halten, vornehme Damen und Herren steigen aus und vertreten sich die Beine, und da packt den Jungen der Wunsch, auch so ein feiner Herr zu werden, einen Gehpelz zu tragen und eine so hübsche und sicher sehr teure Frau am Arme zu führen. Nun, der Junge schafft es. Er tut nichts, ohne daran zu denken, wie man Dollars macht. Es gelingt ihm, in die Nähe des Reichtums zu kommen, und schließlich heiratet er ein millionenschweres Mädchen, das schnell einen Mann braucht, weil es ein Kind bekommt und behalten will. Aber er ist noch nicht zufrieden. Geld will Geld machen, also spekuliert er, beutet er aus, ruiniert er andere. Im höchsten Augenblick seines Erfolges verliert er seine Frau, weil er sie vernachlässigt hat. Er überwindet auch das und ist fortan nur noch der Mann, der Dollars macht, nun erst recht.

Dieser Roman ist keine schnelle Reportage, kein Tendenzbuch, er ist ein gut gebautes Kunstwerk, eines der besten Bücher von Upton Sinclair. Die Büchergilde hat wieder einen guten Griff getan.

Humoristische Ecke.

Hermaphrodite.

Aus einem Aufsatz: . . . In Schillers „Glocke" entwickelt sich der Mensch vor unseren Augen; auf der einen Seite wird der Jüngling zum Manne, auf der anderen zur Jungfrau.